

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 139.

Dienstag, den 18. Juni 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Gest die Arbeiterpresse!

Sinaus

mit der arbeiterfeindlichen Geschäftspresse!

Jeder organisierte,
jeder denkende Arbeiter handle danach!

Beim bevorstehenden Quartalswechsel möge es sich jeder Freund unserer Sache, jeder Leser zur Pflicht machen, die Jagenden und Schwankenden, die den Wert der Arbeiterpresse für den Arbeiter immer noch nicht erkannt haben, zu belehren und aufzuklären.

Der Arbeiter ist sein eigener Feind, der statt des „Lübecker Volksboten“ eines jener Inseratenblätter hält, die teils offen, teils versteckt, je nachdem das Geschäft es erfordert, die Arbeiterklasse beschimpfen, ihre politischen Rechte verkümmern, und ihre wirtschaftlichen Kämpfe als Folge des Hezens gewissenloser Führer darstellen.

Es gibt keinen Grund, der einen Arbeiter, einen Mann des Volkes entschuldigen könnte, wenn er die bürgerlichen Zeitungen in seiner Familie duldet. Von dieser täglichen Vergiftung durch jeden Klatsch, durch lügenhafte Darstellung der politischen und sozialen Vorgänge, die ferner in der Unterschlagung aller den Kapitalisten schädlichen Dinge, wie in der systematischen Verblödung der Leser besteht, muß sich der moderne Arbeiter emanzipieren.

Indem bietet ihm der „Lübecker Volksbote“ Ersatz für jedes andere Blatt. Ja, in der Berichterstattung auf sozialem Gebiete ist er allen anderen Unternehmerblättern weitaus überlegen.

Man abonniert bei allen Postanstalten für 2 Mk. pro Quartal oder in der Expedition, Johannisstraße 46.

Unsere Postabonnenten wollen zur Vermeidung von Störungen im Bezuge die Bestellung bei den Postämtern sofort bewirken.

Der Hilfskassen-Gesetzesentwurf. *)

I.

he. Der dem Reichstage kurz vor seiner Vertagung zugegangene, noch nicht zur ersten Beratung gelangte Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen ist bisher weder in der Presse unserer Partei, noch in den bürgerlichen Blättern einer eingehenden Kritik unterzogen worden. Einige unserer Parteiorgane haben ihn kurz und scharf zurückgewiesen als ein „Monstrum“, als einen Versuch zur „Erdrösselung der Hilfskassen“, und es fand sich dabei die Bemerkung, daß der Entwurf sich auszeichne durch Nichtberücksichtigung des einmütigen Protestes der Hilfskassen.

Es wird Zeit, der Sache näher zu treten. Sie ist von großer Wichtigkeit. Die eingeschriebenen Hilfskassen, deren Zahl im Jahre 1905 etwa 1500 betrug, umfassen ungefähr eine Million Mitglieder, die zum weitaus größten Teil Lohnarbeiter sind. Um ihre sehr erheblichen Interessen handelt es sich bei dem Entwurf. Um diesen Interessen Rechnung zu tragen ist es nötig, ruhige und streng objektive, in die Materie eingehende Kritik an der Vorlage zu üben; die Kritik darf sich nicht beeinflussen lassen durch die begründeten Erwägungen, welche den am 16. und 17. Januar 1906 in Berlin abgehaltenen Kongress freier Hilfskassen und die sozialdemokratische Partei und Reichstagsfraktion von dem Reichstag gelangten Entwurf der verbündeten Regierungen die Zustimmung zu verweigern.

Seiner Entwurf forderte die schärfste Zurückweisung heraus, weil er in der Tat die Gefahr der Beseitigung, mindestens schwerer Schädigung der Hilfskassen in sich barg. Es war gegen ihn geltend zu machen, daß das Gesetz den ihm beigemessenen Zweck, das Schwindelkassenwesen zu überwinden, nicht erreichen, andererseits aber die realen Hilfskassen in die denkbar ungünstigsten Existenzbedingungen stellen werde. Vor allem kam die Gefahr der Beseitigung der Selbstverwaltung mit in Frage. Alles in Allem ließ die Vorlage die ge-

bührende Berücksichtigung des berechtigten Interesses der realen Hilfskassen und eine sorgfältige Durcharbeitung und Festlegung der leitenden Grundzüge vermissen; rein schablonenhaft wandte sie das Versicherungsaufsichtsgesetz vom 12. Mai 1901 auf die Hilfskassen an, und willkürlichem Ermessen des durch jenes Gesetz (§ 70) errichteten Reichsaufsichtsamts räumte sie einen nahezu unbegrenzten Spielraum ein.

Diesen bereits vorher von dem erwähnten Kongress der freien Hilfskassen in einer Resolution formulierten Erwägungen gaben die Redner der sozialdemokratischen Fraktion in den Plenarsitzungen des Reichstages vom 29. und 30. Januar 1906 erschöpfenden und scharfen Ausdruck. Gewisse Lesche erklärte am Schlusse seiner längeren Rede namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese gegen die Vorlage stimmen werde, „wenn nicht grundlegende Änderungen eintreten, die den Bestand und die Selbständigkeit der Hilfskassen garantieren“.

Die Vorlage wurde dann einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen, die ihre Arbeiten am 12. Mai 1906 mit Erstattung eines schriftlichen Berichtes beendete.

Nehmen wir diesen Bericht im Zusammenhang mit dem übrigen einschlägigen Material aufmerksam durch, so finden wir, daß die Kommission ganz erhebliche und tatsächlich grundlegende Änderungen des Entwurfs unter Berücksichtigung der wichtigsten gegen ihn vorgebrachten Bedenken vorgenommen hat, und zwar in einigen Hauptpunkten unter Annahme von Anträgen, die von sozialdemokratischer Seite gestellt worden waren.

Der jetzt vorliegende neue Entwurf läßt nicht nur eine Berücksichtigung der Kommissionsbeschlüsse erkennen, er enthält sogar noch einige darüber hinausgehende Verbesserungsvorschläge.

Das vorweg. Man muß sich nun vor allem klar werden über die Tendenz des Entwurfs und die Frage entscheiden: Ist seine Tendenz gegen die freien Hilfskassen gerichtet; will er unter dem Vorwande der Bekämpfung des Schwindelkassenwesens jene Kassen überhaupt zerstören, ihnen die Existenz unmöglich machen, wie es von dem ersten Entwurf behauptet worden ist und in Rücksicht auf dessen Bestimmungen aus berechtigt erscheinender Befürchtung heraus behauptet werden konnte?

Die Regierung hat in der Begründung ihres neuen Entwurfs zu dieser Frage Stellung genommen. Sie verwarft sich sehr energisch gegen die Behauptung, daß bei der Geltung des von ihr vorgelegten neuen Gesetzes die zu beaufsichtigenden Krankenversicherungsvereine der Willkür der Behörden ausgeliefert, daß sie der Selbstverwaltung beraubt würden, indem die Behörden in der Lage seien, den Kassen durch allerlei lästige Maßnahmen oder durch Geltendmachung politischer Gesichtspunkte das Dasein zu erschweren und die Bildung von neuen, auf der Freiwilligkeit der Mitglieder beruhenden Krankenversicherungsvereine zu verhindern. Zur Rechtfertigung dieser Auffassung habe keinerlei Material beigebracht werden können, kein Material dafür, daß die bereits gegenwärtig nach Maßgabe des Versicherungsaufsichtsgesetzes beaufsichtigten Unternehmungen entsprechende Klagen auch nur mit einem Anschein von Begründung erhoben hätten. Eine Absicht, die Selbstverwaltung der Vereine zu beeinträchtigen oder gar aufzuheben, habe den verbündeten Regierungen zurzeit der ersten Vorlage ferngelegen und liege ihnen auch jetzt vollkommen fern. Die in dieser Hinsicht ohne den Versuch eines Beweises geäußerten Bedenken seien unbegründet. Die verbündeten Regierungen seien von dem Bedürfnis des Weiterbestehens und der Neuerrichtung von freiwilligen, auf der Selbstverwaltung ihrer Mitglieder beruhenden Krankenkassen, sowie davon überzeugt, daß die Vorlage, wenn sie Gesetz werde, in die Entwicklung dieser Unternehmungen nicht störend, sondern nur fördernd eingreifen werde. Es wird hinzugefügt: „Unter der Herrschaft des Versicherungsaufsichtsgesetzes haben die Unternehmungen eine freiere, von zwingenden gesetzlichen Vorschriften weniger beschränkte Verwaltung, als zurzeit die eingeschriebenen Hilfskassen.“

Böse Erfahrung hat uns dazu gebracht, auf Versicherungen der Regierung, daß ein vorgeschlagenes Gesetz nicht mißbräuchlicher Auslegung und Anwendung gegen berechnete Arbeiterinteressen dienen solle und dienen werde, keinen entscheidenden Wert zu legen. Wir haben öfter die schärfsten Beweise vom Gegenteil erlebt. Aber diese Erfahrung überhebt uns nicht der Pflicht, zu versuchen, eine feste Anschauung darüber zu gewinnen: ob denn die Regierung im vorliegenden Falle irgend ein Interesse daran hat oder haben könnte mißbräuchliche Anwendung des Ge-

setzes, entgegen ihren Versicherungen zu beabsichtigen oder zu wünschen, mit dem von ihr vorgeschlagenen Gesetz auf die Erdrösselung der freien Hilfskassen hinzuwirken? Wir tragen nicht das geringste Bedenken, unter objektiver Beurteilung aller in Betracht kommenden Verhältnisse, diese Frage zu verneinen. Wir glauben, daß die Regierung von der Unentbehrlichkeit und Nützlichkeit der freien Hilfskassen wirklich überzeugt ist. Die entgegengesetzte Überzeugung würde ein wahrhaft ungeheuerliches Maß sozialpolitischen und rein sachlichen Unverständes veraten. Daß die Kassen unter dem bestehenden Gesetz, obwohl es Handhaben genug dazu bietet, schikanisiert, oder gar unter politischen Gesichtspunkten gemäßiget worden sind, dafür fehlt wenigstens für das letzte Jahrzehnt jeder Beweis, wenn auch zur Zeit des Sozialistengesetzes ähnliches versucht worden ist und manche Bureaukraten auch heute noch der freien Selbstverwaltung der Kassen nicht wohlgesinnt sind.

Nach bei den neuerlichen Versuchen einzelner Aufsichtsbehörden, die Kosten an Ausgaben für gewisse Zwecke — Beschickung von hygienischen Kongressen, Veranstaltung von Enquêtes u. — als nicht ihrem Zweck entsprechend, zu verhindern, handelt es sich um einen durch bürokratischen Geist veranlaßten Kompetenzstreit. Im Vergleich mit der damaligen Zeit kommt nach unserer Überzeugung die Geltendmachung politischer Gesichtspunkte gegen die freien Hilfskassen heute kaum noch in Betracht. Wohl bestand stets und besteht noch der größte Teil der Mitglieder dieser Kassen aus Sozialdemokraten. Aber nie haben die Kassen eine politische Tätigkeit ausgeübt, gegen die sich abwehrende „politische Gesichtspunkte“ hätten geltend machen lassen; immer haben sie sich auf die Erfüllung ihrer gesetzlich anerkannten und geregelten Aufgaben und ihre damit verknüpften Interessen beschränkt. Die Behörden waren niemals in der Lage und werden in der Zukunft noch viel weniger in der Lage sein, in das Hilfskassenwesen unter Geltendmachung politischer Gesichtspunkte störend oder gar zerstörend einzugreifen. Diese Kassen haben sich auf ihrer gesetzlichen Grundlage entwickelt; sie sind ein notwendiger Teil des Versicherungsorganismus geworden, und wie gründlich und unbefangenen wir auch die Frage prüfen, ob die Regierung ein Interesse an ihrer Zerstörung hat, wir kommen nur zu der Antwort: Nein! Hätte sie ein solches Interesse, sie würde es, darauf darf man sich verlassen, unter mißbräuchlicher Anwendung des Hilfskassengesetzes längst betätigt haben; zu solcher Betätigung würde sie des jetzt von ihr vorgeschlagenen Gesetzes nicht bedürfen. Das wird aus unseren weiteren Betrachtungen noch klar erhellen. Wir werden sehen, daß es sich im Grunde doch nur um eine durch eine Reihe mehr oder weniger zwingender Erwägungen gebotene reformatorische Umgestaltung des Hilfskassenwesens handeln kann.

Die Revolution in Rußland.

Die Verhaftung der sozialdemokratischen Abgeordneten und die Reaktion. Von den 16 sozialdemokratischen Dumaabgeordneten, deren Auslieferung Stolypin gefordert hatte, haben sich sieben der Verhaftung zu entziehen gewußt. Die Petersburger Garnison ist durch Kavallerie und Infanterie bedeutend verstärkt worden. Auf den Straßen sind zahlreiche Infanterietruppen postiert. Ein Erlaß des Stadthauptmanns verbietet die Veröffentlichung von Artikeln und Mitteilungen, die eine feindliche Stimmung gegen die Regierung erzeugen können, die Verbreitung von verbötenen Schriften, die öffentliche Zustimmung zu Verbrechen, in welcher Form sie auch erfolge, ferner den Verkauf oder die öffentliche Ausstellung von Schriften, durch die Verbrechen gutgeheißen werden, des weiteren die Verbreitung lügenhafter Angaben über die Regierung und Regierungsbeamte, Kommandeure und Truppen, durch die die öffentliche Meinung gegen diese aufgereizt werden könnte, ferner die Verbreitung unwahrer, die öffentliche Meinung aufregender Gerüchte über Maßnahmen der Regierung, über die angeblich unglückliche Lage der Gesellschaft und anderes. Die Schulbuben sollen auf administrativem Wege mit Geldstrafen bis zu 3000 Rubel oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft werden.

Aber das neue Wahlgesetz werden offiziöse Telegramme verbreitet, deren Richtigkeit infolge der jetzt in Rußland herrschenden strengen Telegrammenzensur sehr stark zu bezweifeln ist. Aus dem Schwulst von Worten, welche dieses Telegramm ziert, geben wir nachstehend nur die nach unserer Meinung maßgebenden Stellen wieder: „Die Vertriebenheit des neuen vom alten Wahlgesetz be-

*) Diesem Artikel werden drei weitere folgen.

steht darin, daß durch das neue Wahlgesetz jeder Bevölkerungskategorie, nämlich den Grundbesitzern, Bauern, Städtern und Arbeitern eine bestimmte Mindestzahl in der Volksvertretung gesichert ist. Andererseits gibt es den intelligenten und in sozialer Hinsicht widerstandsfähigen Klassen einen Vorzug bei den Wahlen, indem es die Zahl der Wähler in der Wahlversammlung im Vergleich mit den Vertretern der nichtintelligenten Klassen vergrößert. Das Überwiegen der letzteren bei der ersten und zweiten Wahl hatte eine Überfüllung der Duma mit Abgeordneten zur Folge, denen jegliche Vorbereitung für das Verständnis der Angelegenheiten der Staatsverwaltung abging und wovon ein großer Teil selbst der elementaren Bildung bar war. Schließlich setzt das neue Wahlgesetz die Zahl der Vertreter der Grenzmarken Rußlands, Polens und des Kaukasus, die mit dem Reiche noch nicht zu einem solchen Grade verwachsen sind, daß ihre Vertreter von dem Verständnis für die Gemeinlichkeit ihrer Interessen mit denen der echt russischen Bevölkerung durchdrungen sein können, herab. In den Grenzmarken, wo die bürgerlichen Beziehungen noch gänzlich unentwickelt sind, so in Turkestan, in den Steppengebieten und im Jakutskgebiete werden die Wahlen zeitweilig eingestellt.

Nach diesen spärlichen Mitteilungen zu schließen, muß das neue Wahlgesetz ja ein ganz eigenartiges Ding sein. Große Gebiete Rußlands werden überhaupt vom Wahlrecht ausgeschlossen, andere in der Zahl ihrer Vertreter beschränkt. Wenn dieses neue Wahlgesetz nicht die Revolution von neuem entfacht, dann haben die Russen tatsächlich ein noch schlechteres Wahlrecht verdient. Dem Staatsreich von oben muß der Staatsreich von unten folgen.

Der Kampf beginnt. Auf verschiedenen Schiffen der Schwarzen Meer-Flotte sind erste Meutereien ausgebrochen, sodaß man sich nach einer Meldung des „Standard“ aus Odessa gezwungen gesehen hat, die gesamte Schwarze Meer-Flotte vorläufig außer Dienst zu stellen. Wichtige Geschütze wurden an Land gebracht, sodaß die Geschütze unbrauchbar geworden sind. 700 Matrosen der Kriegsflotte wurden verhaftet. 2 Kompagnien Infanterie wurden nach Sebastopol gebracht. Die Lage scheint in bezug auf die Matrosen und die Truppen der Garnison recht gefährlich zu sein.

Die Mehrheit der Sozialdemokraten hat nach einer in Petersburg unlaufenden Meldung beschlossen, heute mittag den Generalstreik zu erklären. Die Massenverhaftungen nehmen ihren Fortgang und belaufen sich schon auf über tausend. Alle Dokumente der sozialdemokratischen Fraktion sind beschlagnahmt worden. Vorläufig herrscht Ruhe; überall sieht man starke Patronillen. — In Odessa sind 350 Angehörige der Linken Parteien verhaftet worden.

Der Zar an seine Genferstächte. Der Zar sandte an den Präsidenten des Verbandes des russischen Volkes folgendes Telegramm: „Übermitteln Sie allen Abteilungspräsidenten sowie den Mitgliedern des Verbandes meinen Dank für den Ausdruck der Ergebenheit und die Bereitwilligkeit, dem Thron zu dienen zum Segen des Vaterlandes. Ich bin überzeugt, daß alle wahrhaft russischen Söhne, die ihr Vaterland grenzenlos lieben, sich in ihrer Liebe immer mehr vergrößern und mir helfen werden, die friedliche Erneuerung unseres großen heiligen Rußland zu erreichen sowie die Vervollkommnung des Wesens seines Volkes. Möchte immer der Verband des russischen Volkes eine zuverlässige Stütze sein für alles und in allem ein Beispiel geben der Gefügigkeit und der Ordnung.“ — Nikolaus und diese Banditen — sie sind einander wert.

Der Expräsident der Duma, Golowin, hat bereits St. Petersburg verlassen. Die Auflösung überraschte ihn vollkommen, da er überzeugt war, die Regierung würde erst die Antwort der Duma abwarten. Wie auch immer das Wahlgesetz sei, Golowin ist überzeugt, daß die nächste Duma nicht eine reaktionäre sein kann. Selbst wenn es der Regierung gelänge, keine oppositionelle Duma zusammenzubringen, so gewänne sie dadurch nichts, da diese immer imstande wäre, die Gesetze zu schaffen, deren das Land bedürfe.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Vom „Niederreiten“ der Sozialdemokratie. Das während der letzten Wahlkampagne in Duisburg ins Leben gerufene christlich-soziale Stöckerblatt, „Duisburger Zeitung“, das es sich zur Aufgabe gestellt hatte, während der Wahlperiode die evangelischen und katholischen Arbeitervereine zusammenzuhalten, um der Sozialdemokratie den Weg zu versperren — ein Unternehmen, das bekanntlich vorbei gekommen ist, da dieser Riesenindustriekreis den Sozialdemokraten Hengsbach in den Reichstag entsandte — urteilt über die Werbekraft der Sozialdemokratie unter anderem wie folgt:

Wir wiesen bereits bei der Besprechung der Erziehung in Glanjan-Meerane darauf hin, wie unberechtigt die Freude über die angebliche Zertrümmerung der Sozialdemokratie, wie sie in einzelnen Blättern zutage trat, in Wirklichkeit ist. Der Ausfall der bayerischen Landtagswahlen zeigt, daß an ein Abflauen der Bewegung zurzeit gar nicht zu denken ist. Wer sich der Mühe unterzieht und hineinsteigt in die Kleinarbeit, der wird es uns bestätigen, daß die Agitation der sozialistischen Agitatoren heute fruchtbarer ist denn je, trotzdem gerade unsere wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Monaten die marxistischen Theorien aufs glänzendste zu widerlegen scheint. (?) Versucht man die Ursachen dieser Erscheinung zu ergründen, so stößt man in erster Linie auf die sozialpolitische Unfruchtbarkeit der letzten Jahre. Der Arbeiter ist von Natur mißtrauisch anderen Ständen gegenüber. Die Versprechungen, die man ihm seit Jahr und Tag macht, ohne auch nur im entferntesten an ihre Erfüllung zu denken, machen ihn abgestumpft gegen die Organisationsbestrebungen der bürgerlichen Parteien, führen ihn mit Notwendigkeit in die

Arme derselben, von deren Bemühungen, seine Lage zu verbessern, er wenigstens durch Lohnbewegungen etwas sieht. Ein anderer Beweggrund für die Sozialdemokratie ist die soziale Rücksichtslosigkeit unserer Richter. Tagtäglich sieht man, daß Arbeiter wegen Streikpostens teils bestraft werden, während Arbeitgeber, die in derselben Weise vorgehen, straffrei bleiben.

Wenn schon Blätter vom Schlage der Stöckerlinge, deren spezielle Aufgabe doch mit in dem „Niederreiten“ der Sozialdemokratie besteht, in solcher Weise die sozialpolitische Unfruchtbarkeit kritisieren und offen anerkennen, daß die bürgerlichen Parteien gar nicht daran denken, ihre den Arbeitern in der Wahlperiode gemachten Versprechungen zu erfüllen; wenn schon bürgerliche Zeitungen es ungeniert auszusprechen wagen, daß die Rechtsprechung zweierlei Maß kennt — infolge der sozialen Rücksichtslosigkeit unserer Richter — dann läßt das eine Schlussfolgerung zu auf den ungeheueren Abstand zwischen dem Reichsempfinden des Volkes und dem unserer gelehrten Herren Richter. Abgesehen von dieser besseren Einsicht auch das Duisburger Pastorenblatt bei der nächstbesten Gelegenheit selbst wieder den Beweis erbringen, daß das proletarische Mißtrauen „gegenüber anderen Ständen“ ein nur zu berechtigtes ist, denn auch die offen ehrlichen Seemanns aus dem christlich-sozialen Lager haben in bezug auf sozialpolitischen Fortschritt außer schönen Redensarten der Arbeiterschaft noch recht herzlich wenig geboten, das besondere Vertrauen erwecken konnte. Was das Blatt über das „Abflauen“ der Arbeiterbewegung sagt, könnte sich der Reichslösungsverband zur Notz nehmen, wenn es ihm nicht gar so sehr wider das Konzept ginge; umso unverständlicher ist es, daß das Duisburger Blatt in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit ein Versagen der Marx'schen Theorie erblickt haben will. Wir meinen, das genaue Gegenteil zu sehen.

Ein Lob des Marxismus. Ein christliches Gewerkschaftsblatt, der „Deutsche Holzarbeiter“, bringt einen Artikel über „Arbeiterethik und Klassengefühl“. Der Artikel ist reichlich unklar und man wird wohl erst aus seiner Fortsetzung erfahren, wohin er denn eigentlich will und man wird, wofern es sich lohnt, ein endgültiges Urteil bis zum Abschluß des Ganzen aussparen müssen. Immerhin sind einzelne Absätze in ihrem Sinn verständlich und auch interessant genug, um wiedergegeben zu werden. Der Artikel schildert zunächst die tiefe Erniedrigung der Arbeiter unter der sich ausdehnenden Macht des Kapitalismus, dann heißt es:

„Die Zeit des Marxismus war gekommen. Die Wert- und Mehrwerttheorie eines Karl Marx, jene glänzende Apologie der menschlichen Arbeit gab dem unbewußten Fühlen von Millionen wissenschaftlichen Ausdruck. Die mühsamte Schöpferin aller Werte, jedes Wertzuwachses, die gedrückte Arbeiterklasse, die Erhalterin der ganzen Menschheit — konnte es ein volksmenschliches System geben, das der persönlichen Würde, dem Selbstvertrauen, dem Ehrgefühl des Arbeiters mehr zur Geltung verhelfe? Ist ein sozialpolitisches Aktionsprogramm denkbar, das in dieser Zeit mehr gewirkt hätte, als das kommunistische Manifest? Die solidarische Einigung der Proletarier aller Länder müßte eine Konsequenz der allgemeinen Entwürdigung oder, um mit Marx zu reden, der „Entmenslichung“ der Lohnarbeit sein; der rücksichtslose Klassenkampf war eine selbstverständliche Reaktion auf die wirtschaftliche, soziale und politische Zurückdrängung einer Volkschicht, in der das Bewußtsein des eigenen Wertes erwachte.“

Der Artikel nennt dann „großartig und kindlich zugleich“ den „Drang nach unterschiedsloser Arbeiterverbrüderung“ und meint, es mache dem Arbeiterstand alle Ehre, daß er auch im schmutzigsten Kleide die Arbeit, auch im verkommensten Menschen den Arbeiter zu achten lehre. Dies allgewaltige Klassengefühl sei zwar in seinen Äußerungen einseitig und oberflächlich gewesen, aber, so heißt es dann weiter —

„Wie heilig ernst es genommen wurde, das bezeugen die heldenmütigen Opfer, die sich die Arbeiterschaft in schwerer Zeit und heißen Kämpfen auferlegt hat, das zeigt die kommunistisch selbstlose Begeisterung, mit der sich der Einzelne der Gesamtheit hingab, seinen Besitz, seine Existenz und Familie, seine Selbstbestimmung preisgebend. Kampf bereit, todesmühtig war die Arbeiterschaft dieser Epoche. Ihr war es Ehrensache, Unrecht mit Gewalt, ungesetzliche Reaktion mit revolutionären Gesetzesmißachtungen zu vergelten.“ Das Ehrgefühl der Arbeiter ist weit mehr, als landläufig angenommen war, die Triebfeder der proletarischen Bewegung gewesen.“

Worauf nun die weiteren Ausführungen des Artikels hinaus wollen, das ist vorderhand nicht zu sagen; der beiläufig eingefügte Satz über die „Entwicklung vom revolutionären Klassenbewußtsein zur abgeklärten Berufssolidarität und Standesvertretung“ läßt vermuten, daß es auf Lob und Preis der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hinausgeht, zumal uns auch noch versichert wird, daß „vertieft aufgefaßte Berufspflicht nur auf dem Boden des Christentums gedeiht“. Gleichviel indes, die Anerkennung, daß der Marxismus es war, der die erniedrigte und entwürdigte Arbeiterklasse wieder zum Selbstbewußtsein und zur Selbstachtung aufrief, verdient um so mehr vermerkt zu werden, als sie von christlicher Seite kommt. Auf dem letzten Kongreß der christlichen Gewerkschaften haben es die Giesberts, Schiffer und Genossen mit merklichem Unmut aufgenommen, daß Professor Sombart auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Idealismus zusprach — eine Tugend, auf die bekanntlich die Christlichen ein Patent zu haben glauben. Nach den Äußerungen des christlichen Holzarbeiterfachblattes über den Marxismus werden die christlichen Führer ihr Selbstbewußtsein wohl etwas dämpfen müssen.

Eine Viertelmilliarde neue Steuern? Die „Milit.-Pol. Korresp.“, die Beziehungen zu dem Reichsschatzamt hat, kündigt an, daß die Regierung demnächst mit der Forderung neuer Steuern in Höhe von rund 250 Millionen Mark an den Reichstag treten werde. Begründet wird diese Forderung wie folgt: Zunächst müsse es sich darum handeln, die ungedeckten Matrikularbeiträge, die im laufenden Etat 100 Millionen ausmachen, zu beseitigen. Ferner verlangt der Etatsentwurf für 1908 etwa 55 Millionen Mark neuer Mittel für die Beamten-

aufbesserungen. In Konsequenz der Erhöhung der Beamtengehälter müßten aber auch die Offiziersgehälter entsprechend erhöht werden. Ferner werde im Verfolge der Servisregelung eine grundsätzliche Neuordnung des Stallservis erstrebt. Dazu träten die Zuschlagsforderungen für die geplante Reorganisation des Trains und der technischen Truppen, die gesteigerten Geldbedürfnisse für allerhand neuzeitliches Kriegsmaterial der Armee und die erheblichen Summen für den Ausbau aller Marineanlagen, Docks, neuen Torpedobootshafen, Signalstationen usw. Auch werde die im Jahre 1910 erfolgende Erschöpfung des Reichsinvalidenfonds in Erwägung zu ziehen sein, die dann eine weitere Belastung des Reichshaushaltes von 30 bis 35 Millionen Mark darstellt. Die Korrespondenz beziffert die Summe für Erhöhung der Offiziersbesoldung auf 50 Millionen, für Änderung des Stallservis auf 20 Millionen. Im Verein mit der Abschaffung der ungedeckten Matrikularbeiträge, der Ausgaben für die Beamtenaufbesserungen sowie dem Ersatz für den Reichsinvalidenfonds ergebe sich ein Defizit von rund 250 Millionen Mark. Gänzlich ausgeschlossen sei unter diesen Umständen die Beseitigung der Fahrkartensteuer. Es gelte im Gegenteil als sicher, daß die Zigarettensteuer in einer Zigarrenbändersteuer sinngemäße Ergänzung findet. „Da andererseits kleine Mittel bei der großen Finanznot nicht verschlagen, so dürften nach den bisherigen Erörterungen das Vier mit etwa 30 weiteren Millionen, Inzerate und Affischen mit dem doppelten Betrage, die Wehrsteuer mit 40 Millionen, eine Einbeziehung der direkten Erben in die Erbschaftssteuer mit 100 Millionen und im letzten Falle das bei den gesteigerten Bedürfnissen der Industrie und der Abnahme des Trinkkonsums allerdings zweifelhafte Schwert des Reichsschatzsekretärs bilden.“ — Ein hübsches Bukett, das eine tiefe Beunruhigung im Volke hervorrufen wird. Und darum ist es die Pflicht der Regierung, in kürzester Frist zu erklären, was von diesen Mitteilungen auf Wahrheit beruht.

Der Sumpf. Gorden wurde Sonnabend vormittag auf dem Amtsgericht Charlottenburg in dem Ermittlungsverfahren wegen der Selbstbeziehung des Fürsten Eulenburg als Zeuge vernommen. Er verweigerte die Aussage, weil die Möglichkeit gegeben sei, daß er als Zeuge Punkte berühren müsse, deren Darlegung ihm die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuziehen würde. Im übrigen erklärte er, niemals ausgesprochen zu haben, daß Fürst Eulenburg sich gesetzlich strafbarer Handlungen schuldig gemacht habe. Er selbst könne irgendwelche gesetzliche strafbare Handlungen Eulenburgs nicht bezeugen, weil er persönlich niemals eine Wahrnehmung gemacht habe.

Der alte Kurs in neuer Anlage. Bürgerliche Blätter melden: Besprechungen zwischen den Vertretern der maßgebenden Parteien und der leitenden Kreise haben eine Übereinstimmung darüber ergeben, daß bei dem in absehbarer Zeit zu erwartenden Rücktritt des Kultusministers nur ein Nachfolger in Frage kommt, der derselben politischen Richtung angehört wie Herr v. Studt. Ein Systemwechsel dürfte zur Zeit nicht beabsichtigt sein. — Man will also, trotz der ungeheuren Blamage, die Studt erlitten hat, das System beibehalten. Das zeugt wirklich nicht von allzugroßer Intelligenz oder Schlaueit.

Ein Offizier über das Offizierkorps. Oberst a. D. Gädke läßt sich im „Berliner Tageblatt“ über das deutsche Offizierkorps aus. Er knüpft an die Einsetzung eines höheren Offiziers an und sagt:

„Wenn er betont, daß auch jetzt noch unser Offizierkorps vorzüglich ist, so wird man dennoch im Zweifel sein dürfen, ob nicht gegenwärtig schon ein Höhepunkt überschritten ist und die Bahn, wenn auch langsam und kaum merklich, abwärts führt. Das muß einmal offen ausgesprochen werden, auch wenn die patriotischen „Patrioten“ darüber in bekanntem Servilismus, den sie für Loyalität ausgeben, ein wildes Geschrei erheben. Es ist ja nicht allein die Spieleraffäre in Hannover, wie böse sie auch sei, die unsere Bedenken erregt. Gleichzeitig legt der Wucherprozess in München eine andere Eiterbeule bloß, an der das deutsche Offizierkorps leidet und die jüngsten Verabschiedungen höher und höherer Offiziere werden von Gerüchten begleitet, die nun und nimmer sich an das Heer heranwagen sollten.“

Das ist überhaupt ein weiterer Krebsgeschaden unseres Offizierkorps, daß gerade der junge Leutnant oft mit ungebührlicher Nachsicht behandelt wird, während man gegen die alten und höhergestellten Offiziere mindestens ebensooft mit rücksichtsloser und in der Form unpassender Härte vorgeht. Und das nennt man erziehen, und das nennt man die Disziplin hochhalten! Ja, in manchen ganz flagranten Fällen scheint man gar nicht zu wissen, daß es Ehrengerichte gibt, die das Offizierkorps von ungeeigneten Elementen läubern sollen. Während man ihre Einrichtung zu politischen Zwecken mißbraucht, deckt man in gewissen Regimentern und gewissen Persönlichkeiten gegenüber ganz unzweideutige Verstöße gegen die gute, ehrenhafte Sitte mit dem Mantel christlicher Liebe zu und hat nur die eine Sorge, daß möglichst wenig in die Öffentlichkeit kommt. Eine eigene Art, die Standesehre zu schützen!

Vor Jena war es ähnlich mit dem preussischen Offizierkorps bestellt!

Die Friedenskomödie in Haag. Die nächste Plenarsitzung der Friedenskonferenz wird am Mittwoch um 3 Uhr nachmittags beghnen. Gestern haben sich mehrere Vertreter der Großmächte und der Niederlande über die Wahl der Präsidenten der vier Kommissionen verständigt. Internationale Frauenverbände kommen einen Schritt vor zu Gunsten des allgemeinen Friedens, und zwar auf dem Wege einer Petition an die Konferenz. Mehrere Damen aller Nationalitäten kamen zu diesem Zweck zusammen und verlangten vom Generalsekretariat, daß es die Petition in der Plenarsitzung der Konferenz vorlege. Da es aber schwierig erscheine, die Petition auf solche Weise in Empfang zu nehmen, so wird wahrscheinlich der Präsident Nelidow den Damen eine Audienz bewilligen, damit sie sich ihrer Aufgabe entledigen können.

Wieder ein Opfer. Reiter Camill Schneider, der 5. Kolonnenabteilung, geb. zu Elbach, Kreis Altkirch, früher Jäger zu Pferde Nr. 14, ist am 12. Juni in der

Krankensammelstelle Aus infolge Schußverletzung durch Fahrlässigkeit eines Kameraden verstorben.

Osterreich-Ungarn.

Der österreichische Reichsrat ist gestern zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Die Abgeordneten waren fast vollzählig erschienen. Die Tribünen waren überfüllt. Die Mitglieder der Regierung betraten im Festkleide kurz nach 11 Uhr den Saal. Ministerpräsident Frhr. v. Beck forderte den Abgeordneten Funke auf, das Alterspräsidentium zu übernehmen und die Konstituierung des Hauses einzuleiten. Nachdem Funke den Eid geleistet hatte, übernahm er das Präsidium und hielt eine Ansprache an das Haus, welches er als erstes aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenes, als wahres Volkshaus begrüßte. Die großen, an dasselbe geknüpften Hoffnungen würden trotz der schweren Aufgaben, die des Hauses harren, in Erfüllung gehen. Wenn sich zu dem im Hause vereinigten gründlichen Wissen und zu der reichlichen Erfahrung freundliche Arbeitswilligkeit und Pflichtbewußtsein gesellen werden, dann seien im Hause dauernde und segensreiche Erfolge für den Staat und dessen Völker gesichert. (Beifall.) Das Haus könne nicht würdiger an der Schwelle eines neuen Sessionabschnittes seine Arbeiten beginnen, als indem es des erhabenen Herrschers gedenke, der durch nahezu sechzig Jahre mit größter Aufopferung seines schweren Berufes walte, indem er die Abgeordneten auffordere, ein Hoch auf den Monarchen auszubringen. Die Abgeordneten brachten dreimalige, begeisterte Hochrufe aus. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) Nach der Ernennung eines interimistischen Schriftführers erfolgte die Verlesung der Eidesformel. In acht Sprachen leisteten die Abgeordneten nach Namensaufruf den Eid. Der Alterspräsident teilte mit, daß die feierliche Eröffnung des Reichsrates am Mittwoch um 12 Uhr mittags stattfinden werde. Hierauf wurde die Sitzung vertagt bis zum nächsten Donnerstag.

Rußland.

Zwei Frauen erschossen. Nach einem Telegramm aus Sdunskaja Wolka (Gouvernement Kalisch) gab dort das russische Militär aus Unmaß der Ermordung eines Fabrikbesizers eine Salve ab. Zwei Frauen wurden getötet.

Frankreich.

Vom Winzerkrieg. "Patrie" meldet: Argeliers, der Aufenthaltort des Führers der ausländischen südfrenzöschen Winzer, Marcellin Alberts, sei Tag und Nacht von Wachen und Radfahrern umstellt, die beauftragt seien, die Bevölkerung zu benachrichtigen, für den Fall, daß Gendarmen kämen, um ihn zu verhaften. Man will dann Barrikaden bauen. Zahlreiche Bauern sind mit Gewehren bewaffnet. Man spricht davon, die Brücken in die Luft zu sprengen, wenn Marcellin verhaftet würde.

Holland.

Die Antimilitaristen gegen die Friedenskonferenz. Die antimilitaristische Vereinigung von Holland hatte für Sonntag eine Versammlung als Kundgebung gegen die Friedenskonferenz einberufen. Die Versammlung, der ungefähr 3000 Personen beiwohnten, wurde im Freien abgehalten. Sechs Redner protestierten gegen die Konferenz, unter ihnen Domela Nieuwenhuis, der darauf hinwies, daß die russische Duma am Tage der Eröffnung der Konferenz aufgelöst worden sei. Er sprach in heftigen Worten gegen die Eröffnungsrede des russischen Bevollmächtigten Nelidow und forderte schließlich die Arbeiter auf, während eines Krieges in den Ausstand zu treten, um den Transport von Lebensmitteln und von Munition zu verhindern. Die anderen Redner äußerten sich in ähnlichem Sinne. Die Versammlung nahm eine Resolution an, die sich für den Ausstand der im Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter aussprach.

Einen glänzenden Wahlsieg haben unsere Genossen bei den Provinzialwahlen errungen. Es liegen bisher die Wahlergebnisse aus acht der elf Provinzen vor; danach hat sich die Stimmenzahl der Sozialdemokratie seit drei Jahren nahezu verdoppelt. Die Liberalen haben überall viele Stimmen verloren, während die Konserativen und Klerikalen ihre Positionen behaupten. Für die Stichwahlen hat der Parteivorstand die Parole ausgegeben, die Wahlkreisorganisationen mögen, wo zwei bürgerliche Kandidaten einander gegenüberstehen, nach den örtlichen Verhältnissen ihre Haltung bestimmen. In ungefähr der Hälfte der Distrikte ist aber die Sozialdemokratie aussichtsvoll an den Stichwahlen beteiligt.

Afrika.

Eine Mordtat haben die Leute Simon Koppers, der bekanntlich den deutschen Kolonialkrieger entkiffelt war, auf englischem Gebiet verübt. Sie haben am 5. Juni den Farmer Duncan, der den Deutschen im Kriege bedeutende Dienste leistete, ermordet. Die Täter entkamen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 18. Juni.

Sie sind einander wert! In Rußland hat soeben der Zar unter schönem Bruch seines Versprechens einen Staatsstreich vollführt; die Duma ist aufgelöst und ein neues Wahlgesetz erlassen, durch welches die freibeitlich gesinnten Kreise Rußlands rechtlos gemacht werden sollen. Jetzt kann man in einem Teil der sog. "liberalen" Presse das erbauliche Schauspiel erleben, daß die verbrecherische Tat der russischen Machthaber sogar als durchaus berechtigt gelobt wird. Das geschieht natürlich auch von den "Lübeckischen Anzeigen", die zu diesem Zwecke einen größeren Leitartikel loslassen, in dem, wie es sich beim Amtsblatt von selbst versteht, die Sozialdemokraten für den Staatsstreich des Zaren verantwortlich gemacht werden. Man geht sogar noch weiter, man beschuldigt auf Grund von augenscheinlichen Fälschungen die russischen Sozialdemokraten als Räuber und Mörder und sucht dadurch die Haltung der russischen Feuerschnechte zu rechtfertigen. Wir können ein derartiges Verfahren bei einem Blatte durchaus verstehen, das den Mord, der von einem politisch indifferenten Trunkenbold begangen worden ist, trotz der bezüglichen gerichtlichen Feststellungen der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben versucht und das jeder Volksentscheidung zuletzt die Verschlechterung unseres Bürgerrechts nach rechts, das Wort redet. Die russischen Volksunterdrücker und die deutschen Volksfeinde sind einander wert. Zum Schluß des Artikels wird gesagt: „Unser Lübeck wird noch

immer Sozialdemokratisch vertreten. Wir können uns allerhand darauf einbilden.“ Daß die Herren vielfach an Einbildung leiden, haben wir auch schon bemerkt. Unser Lübeck wird übrigens nicht „noch immer“, sondern voraussichtlich für immer in Reichstags sozialdemokratisch vertreten sein, und das ist auch sehr notwendig. Man müßte sich ja schämen, wenn eine Republik wie Lübeck einen Abgeordneten in das Parlament entsenden würde, der den Staatsstreich des Zaren und die Schandthaten der russischen Machthaber, die im Namen des Zaren vollführt werden, billigt.

Die Tagesordnung der Bürgerversammlung, welche am kommenden Montag morgen stattfindet, weist folgende Punkte auf: I. Mitteilungen des Senates, II. Wahl eines Protokollführers der Bürgerschaft, III. Beratung über den Bericht der Kommission zur Prüfung des Senatsantrages, betreffend den Vertrag mit der Firma Paap u. Christ über den Verkauf eines etwa 12000 Quadratmeter großen Areal in Schlutup. IV. Anträge des Senates: 1. Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahre 1907. 2. Erhöhung der zu den Kosten der Lübeckischen Zolldirektionsbehörde an Preußen zu zahlenden Vergütung. 3. Abänderung der Stempelordnung. 4. Stempel Abzugsabgabe für die Sparkasse des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H. 5. Aufhebung der Kautionspflicht der Beamten. 6. Umwandlung der Kassenmeisterstelle in eine pensionsberechtigten Stelle. 7. Gewährung einer jährlichen Altersunterstützung an die Witwe des Schiffzimmer-Karlens Hof. 8. Ermächtigung des Vorstandes der St. Jakob-Kirchengemeinde zum Bau eines Pfarrhauses und einer Zentralheizungsanlage für die St. Jakobskirche, sowie zur Veräußerung des Grundstücks Breitenstraße Nr. 1. 9. Verwaltung und Betrieb des neuen Stadttheaters. 10. Aufhebung des Artikels 6 der Gemeindeordnung für Travemünde und des Artikels 7 der Landgemeindeordnung. V. Antrag von Schneider: Die Bürgerschaft erucht den Senat, in Erwägung zu ziehen, ob die Beiträge zu Pensionskassen, welche den im Lübeckischen Staate Einkommenerwerbenden Beamten von ihrem Gehalte gekürzt werden, als abzugsfähig von dem zu verrechnenden Einkommen zu erklären sind.

h. Ferien-Sonderzüge zu bedeutend ermäßigten Preisen von Hamburg nach Frankfurt a. M., Straßburg i. Elsaß, Colmar, Freiburg i. Br., Basel, Schaffhausen und Konstanz werden von der Eisenbahndirektion Altona bekannt gemacht. Der erste Zug fährt am Sonntag, den 6. Juli, abends 6.50 Uhr von Hamburg über Frankfurt a. M., Ulm, Worms, Straßburg, Colmar nach Basel, wo er am 7. Juli 2.40 Uhr mittags eintrifft. Am 10. Juli abends 6.50 Uhr wird der Zug die Richtung auf badischer Seite über Heidelberg, Eisenburg, Freiburg nehmen und an den fahrplanmäßigen Schwarzwaldbahn-Zügen nach Schaffhausen Konstanz Anschluß haben. Die Ankunftszeit ist hier in Basel am 11. Juli mittags 2.18, Schaffhausen 5.27 und Konstanz 4.53 Uhr. Am 13. Juli geht von Hannover abends 10.18 Uhr ein Extrazug ab mit Anschluß an den fahrplanmäßigen Personenzug von Hamburg nach Basel über Heidelberg Freiburg mit Anschluß nach Straßburg oder die Schwarzwaldbahn nach Schaffhausen, Konstanz. Ferner am 14. August abends 6.50 Uhr ein Ferien-Sonderzug von Hamburg nach Basel in gleicher Richtung wie der zu Anfang erwähnte Sonderzug am 6. Juli. Der Fahrpreis beträgt von Hamburg nach Straßburg 3. Klasse 36.30 Mark, nach Colmar 39.30 Mark, nach Basel 41.50 Mark, nach Freiburg oder Triberg 38.50 Mark, nach Schaffhausen oder Konstanz 41.— Mark. Kinder über 4 Jahre kosten die Hälfte der bezeichneten Fahrpreise. Der Vorverkauf der Karten findet zu jedem Tage 8 Tage vorher statt. Nach außerhalb von Hamburg Wohnende verschickt die Fahrkarten-Ausgabe des Hannoverischen Bahnhofes gegen Voreinsendung des Betrages die Fahrkarten; oder diese können auch durch Vermittlung der Reiseantrittsstation bezogen werden. In der 3. Klasse werden auf vorherige Bestellung bis zu mindestens 8 Plätze in einer Abtheilung für gemeinschaftlich reisende Personen reserviert. Ebenso ist bei Bestellung anzugeben, ob Raucher, Nichtraucher oder Frauenabteil gewünscht wird. Freigelegte, außer dem üblichen Handgepäck wird nicht gewährt. Die Fahrkarten haben zur Rückfahrt zwei Monate Gültigkeit, berechnen jedoch in Süddeutschland nur zu Personen- und Eilzügen (Schnellzüge kosten den Zuschlag), in Norddeutschland zu allen Zügen, die 2. und 3. Klasse mitführen. Auf der Rückreise ist Kofferunterbrechung beliebig, ohne daß es eines Bestätigungszweckes bedarf, gestattet.

Weslagnahme oder Pfändung des Lohns. Der Lohn des gewerblichen Arbeiters darf auf Grund des Lohnbeschlagnahmengesetzes ausnahmsweise gepfändet werden zur Befriedigung von Alimentationsansprüchen und wegen direkter persönlicher Staatssteuern und kommunalabgaben. Es darf aber nur derjenige Betrag des Jahresgehalts gepfändet werden, der 1500 Mark übersteigt. Die Pfändung wegen Steuern kann nur erfolgen, sofern diese nicht länger als drei Monate fällig geworden sind. Alimentationsansprüche, zu deren Befriedigung der Lohn gepfändet werden darf, können erhoben werden von den Eltern, Großeltern, Kindern und Enkeln, der Ehefrau, der geschiedenen Ehefrau oder von einem unehelichen Kinde für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das der Klageerhebung vorausgehende Vierteljahr. Jedoch muß bei der Pfändung wegen der Ansprüche des unehelichen Kindes dem Vater so viel gelassen werden, als dieser zur Bestreitung seines notwendigen Unterhalts und zur Erfüllung der ihm gegen seine geschiedene Frau, seine Ehefrau und seine ehelichen Verwandten obliegenden Unterhaltungsverpflichtung bedarf. Für Befriedigung anderer Gläubiger darf der Lohn des gewerblichen Arbeiters erst dann mit Beschlag belegt werden, nachdem die Leistung der Arbeit erfolgt und nachdem der Tag, an dem der Lohn zu entrichten war, abgelaufen ist, ohne daß der Arbeiter den Lohn eingefordert hat. Ob der Lohn Akkord- oder Zeitlohn, ist gleichgültig. Hatte der Arbeiter den Lohn am Lohnstage eingefordert, so ist eine Beschlagnahme auch dann unzulässig, wenn ihm der Lohn nicht gezahlt wurde. Das ausdrückliche Verbot einer Beschlagnahme ist durchaus notwendig, wie in den Motiven zum Lohnbeschlagnahmengesetz hervorgehoben wird. Denn es sei „zur völligen Evidenz nachgewiesen, in welche durchaus unerträgliche Lage der Arbeiter und der Arbeitgeber geraten, wenn die Gerichte, wie dies so häufig geschieht, den Arbeitslohn vollständig mit Beschlag belegen, ohne jede Rücksicht darauf, wie der Arbeiter existieren solle“. Und in der Tat widerspricht es den guten Sitten, dem Arbeiter, der seine Arbeitskraft hat verschleppen müssen, den fester verdienten Lohn zu entziehen. Dies liegt auch nicht einmal im Interesse des Gläubigers, denn es kann diesem keinen Vorteil bringen, daß der Arbeiter aller Existenzmittel beraubt wird. Nach dem Wortlaut des Lohnbeschlagnahmengesetzes darf auch der an den Arbeiter bereits ausgezahlte Lohn am Tage der Auszahlung nicht gepfändet werden. Ebenjowenig dürfen Vorschüsse (bei Akkordlohnzahlung usw.) gepfändet werden, da eben die Arbeitsleistung noch nicht voll erfüllt ist. Auch eine Pfändung des der Ehefrau übergebenen Kostgeldes ist unzulässig, da § 811 Nr. 2 der Zivilprozessordnungsnovelle für unpfändbar erklärt: die für den Schuldner, seine Familie und sein Gesinde auf vier Wochen erforderlichen Nahrungs-, Feuerungs- und Beleuch-

tungsmittel oder, soweit solche Vorräte auf zwei Wochen nicht vorhanden sind, ihre Beschaffung für diesen Zeitraum auf anderem Wege nicht gesichert ist, der zur Beschaffung erforderliche Geldbetrag. Diese Vorschrift gilt übrigens auch solchen Forderungen gegenüber, wegen deren eine Pfändung des Arbeitslohnes zulässig ist. Will der Arbeiter einer Pfändung widersprechen, so ist eine Widerspruchsklage gegen den Pfändungsbefehl wider den Pfändenden und den Arbeitgeber zu richten.

Ein Ehrengehalt von 720 Mark jährlich wurde dem plattdeutschen Dichter und Registrator Karl Rindermann vom Lübecker Senat bewilligt. Rindermann steht im 75. Lebensjahre.

Die Milchbrandstiche ist unter dem auf dem städtischen Schlachthofe befindlichen Vieh ausgebrochen. Um einer weiteren Ausbreitung der gefährlichen Krankheit vorzubeugen, mußten sämtliche Tiere, welche der Ansteckungsgefahr ausgesetzt sind, getötet werden.

ph. Westhofenes Spartassenbuch. Einer Arbeitererehrung in Weisking wurde ein Spartassenbuch des hiesigen Spar- und Vorschußvereins mit einer Einlage von 600 Mk. gestiftet. Der Dieb hat bereits 300 Mk. darauf erhoben. Als des Diebstahls dringend verdächtig wurde eine mit der Westhofenen im selben Hause wohnende Ehefrau festgenommen.

ph. Wegen Unterschlagung flüchtig. Wegen den Bäcker knecht Friedr. Scheller, geboren am 24. Juni 1884 in Erlangen, wurde seitens seines Meisters wegen Unterschlagung von 80.97 Mk. Anzeige erstattet. Derselbe ist seit dem 14. ds. Mts mittags flüchtig.

ph. Des Diebstahls verdächtig. Wegen einen hiesigen Töpfer, der sich viel in Herbergen aufhält, und der dringend verdächtig ist, sich in der der Marlesgrube befindlichen Wohnung einer Arbeiterfrau, wo er einen Ofen ausbessern sollte, ein 20 Markstück rechtswidrig angeeignet zu haben, wurde eine Anzeige wegen Diebstahls erstattet. Der Töpfer hält sich verborgen.

Stadthallen-Theater. Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: Mittwoch gelangt als 4. Abonnementvorstellung der Detektivschwank „Olympische Spiele“ zur Aufführung. In dieser Neuheit bringt uns die Direktion ein Stück, welches bei seiner Erstaufführung am Residenztheater zu Halle a. S. einen durchschlagenden Erfolg errang und noch heute auf dem Spielplan des genannten Theaters steht. Das gesamte Personal ist beschäftigt. — Donnerstag findet eine Wiederholung von „Bis früh um fünf“ von Paul Linke statt. In Vorbereitung ist die Operette „Giroflé-Girofla“, während Sonntag, den 23. Juni, Herr Max Schäg sein Gastspiel in „Fräulein Josette — meine Frau“ beginnt.

Wilhelm-Theater. Man schreibt uns: Die Direktion hat das Gastspiel des Hofschauspielers Hans Wahlberg, veranlaßt durch die großen und schönen Erfolge, noch für einige Abende verlängert. Auch die Sonntags-Vorstellung: „Die rote Kose“ fand wieder den jubelnden Beifall des vollen Hauses. Eine der nächsten Darbietungen des hervorragenden Künstlers ist Henrik Ibsen's „Rosmersholm“, eine Aufführung, die wohl die literarischen Kreise unserer Stadt besonders interessieren dürfte. Morgen wird letztermalig Rudolf Herzog's „Die Gondolieri“ gegeben und für Donnerstag wird „Kean“ mit Herrn Hans Wahlberg in der Titelrolle vorbereitet.

r. Schwartau. Verhaftet wurden am gestrigen Markttag drei Handwerksburschen, welche dem Drange, sich bei dieser Gelegenheit mit neuer Fußbekleidung zu versehen, nicht widerstehen konnten.

e. Stockelsdorf. Feuerwehrrfest. Am Sonntag fand das Verbandsfest der freiwilligen Feuerwehren für das Fürstentum Lübeck statt, verbunden mit dem 20. Stiftungsfest der Stockelsdorfer Feuerwehr. Marienthal, Lohweg, Stockelsdorf, sowie die Festlokale Dose, Faetau und Lhamfen waren prächtig mit Gurlanden, Fahnen und Emblemen geschmückt. Schon von 10 Uhr morgens an kamen die fremden Wehren aus dem Fürstentum per Bahn, Fußwerk usw. hier an. Vertreten waren die Lübecker sowie einige Holsteinische, im Ganzen 29 Wehren mit ja. 420 Wehrleuten. Gegen 1 1/2 Uhr fand ein geschlossener Zug mit zwei Musikkapellen nach dem Marktplatze statt, wo die übungen vorgenommen wurden. Dann ging es zurück in die oben erwähnten Lokale. Gute Geschäfte haben die Wirte sowie die kleinen Händler mit Kuchen und Würsten gemacht. Das Fest verlief sehr gemüthlich ohne besondere Zwischenfälle und hat für unseren Ort manchen Groschen gebracht.

Samburg. Die Genossin Louise Zieg hat nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe von drei Monaten wegen angeblicher Aufreizung zu Gemaltheiten am Sonntag abend 6 Uhr das Gefängnis in Fußbüttel verlassen, in der Freiheit begrüßt von einer Schar Mitkämpfer und Mitkämpferinnen. Wir heißen unsere wackere Genossin herzlich willkommen! — Woermann contra „Simplicissimus“. Vor dem Landgericht Hamburg, Strafammer II, gelangte der Beleidigungsprozess des Reders Adolf Woermann gegen den Redakteur des „Simplicissimus“, Hans Caspar Gulbransson, nochmals zur Verhandlung. Das Schöffengericht hatte eine schwere Ehrenkränkung des Klägers für vorliegend erachtet und den Beklagten Redakteur Gulbransson zu einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hat der Beklagte Berufung eingelegt, die nunmehr das Landgericht beschäftigt. Kläger und Beklagter sind nicht erschienen, ersterer wird durch Dr. Hauers, letzterer durch Dr. Wraband und Dr. Hausmann-Stuttgart vertreten. Für den Beklagten erklärt Rechtsanwalt Dr. Hausmann: Der Beklagte sei erst acht Tage vor Fertigstellung der fraglichen Nummer in die Redaktion des „Simplicissimus“ eingetreten. Obgleich Beklagter weder Verfasser des Textes noch des Bildes ist, übernehme er die Verantwortung. Vor dem Erscheinen der Satire habe der Kolonialdirektor Dernburg im Reichstage die Verträge des Reichs mit Woermann scharf kritisiert. Dr. Hausmann wiederholt dann seine in erster Instanz abgelehnten Anträge, den Kolonialdirektor Dernburg und den Erbprinzen Hohenlohe über große Profite der Woermann-Linie, sowie einen Redakteur über die Kofferangelegenheit zu vernehmen. Das Gericht gibt diesen Anträgen statt und vertagt die weitere Verhandlung.

Altona. Vom Eisenbahnzug zermalmt. Ein furchtbares Unglück, dem ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich am Montag nachmittag gegen 4 Uhr auf dem Rangierbahnhof Langenfelde, wo der Rangierer Stamerjohann infolge Stolperns zu Fall kam und unter einen in der Fahrt befindlichen Rangierzug geriet. Dem Verunglückten wurden beide Beine abgefahren. Er wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb.

Bremerhaven. Arbeitsniederlegung beim Norddeutschen Lloyd. In Bremerhaven haben wegen Nichtbeurteilung ihrer eingereichten Forderungen die Kesselklopfer des Norddeutschen Lloyd am Freitag abend beschlossen, die Arbeit Sonnabend früh, also tags darauf, niederzuliegen. In Betracht kommen etwa 60 bis 80 Mann.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Ludwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwach. Druck: F. riedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Freitag abend starb unser lieber Vater,
Schwieger- und Großvater

Friedrich Uphal

im 68. Lebensjahre. Tief betrauert von
Karl Uphal nebst Frau und Kinder.

Zweizimmerwohnung mit
Preis 175 M., zum 1. Juli zu vermieten.
Näheres Kanalstraße 20, früher Livost.

Ein möbliertes Zimmer
zu vermieten Rosenstraße 18/2.

Zu mieten gesucht zu sofort eine **Zwei-
bis Dreifamilien-Wohnung**, am liebsten in der
Nähe des Schlachthauses oder in der Stadt.
Off. unter **B D 66** an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Oktober eine **Zweizimmer-
wohnung** nebst Zubehör rechts vom Linden-
platz von 2 einzelnen Leuten.
Off. u. **D A 58** an die Exp. d. Bl.

Gesucht ein Mädchen
für einige Tagesstunden
Glockengießerstraße 44, I.

Bierfäule mit **Leckbrett** und **Manometer**
zu kaufen gesucht.
Off. mit Preisang. u. **C A 3** an die Exp.

Zu verkaufen ein **Kinderwagen** und eine
2 sige Sportkarre. Näheres
Gneisenaustraße 5, II., links (Burgtor).

Billig zu verkaufen ein **Phonograph** mit
15 Walzen und ein **6stufiger Eck-Blumen-
ständer**. Meierstraße 5.

Knaben-Blusen-Anzüge für das Alter von
3-4 Jahren zu verkaufen
Friedrichstraße 5, II.

Ein **guter, starker Kinderwagen** u. eine
4 stammige Kochmaschine billig zu verkaufen
Segebergstraße 3, I.

Ein **Kinderwagen** billig zu verkaufen
Schlunacherstraße 35/3.

Ein **guterhaltenes Fahrrad** billig zu ver-
kaufen
Gneisenaustraße 12.

Ein **neues Fahrrad** billig zu verkaufen
Wiederstraße 19.

Zu verkaufen **Stechrüben-, Kopfkohl-,
Grünkohl-, Rotbeeten-Pflanzen**, Schock 10
Pfenning
Schwartauer Allee 96.

Rotbeeten- und Stechrüben-Pflanzen,
Schock 15 Pfg., eine **Laden-Sängelampe**
billig zu verkaufen
Fr. Eisermann, Gneisenaustraße 6.

2 Meerfische billig zu verkaufen
Wakenhauer 164/2.

Bringe meine **Wein- und Spirituosen-
handlung** in empfehlende Erinnerung.
Klein- und Großverkauf.
Rud. Storch, Friedenstraße 43.

Abreisenden

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegen-
stände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im
Lagerhaus u. Expeditionsgech. Fischergr. 52.

Atelier für **Zahntechnik**
und **Zahnpflege**.
H. Schreiber, Breitestr. 24

Große frische

Makrelen

nur heute
Stück 15 Pfg.

Spethmann & Fischer

Telephon 102
Beckergrube 59.

Klein-Mühlen bei Schwartau.
Arbeiter-Sänger nach Zeichnung
Ionia Baupläne.
Gesunde Lage. — 10 Minuten v. d. Chaussee.
Bild. u. ger. Anz. d. **Heinr. Soroe**, Schwartau

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 — LÜBECK — Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung

von
Plakaten
Broschüren
Flugblättern
Statuten
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Programmen
Festliedern.

Herstellung sämtlicher

■ Buchdruckarbeiten ■

in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenaufgaben: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.

□ □

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung

von
Briefbogen
Kouverts
Rechnungen
Quittungen
Mitteilungen
Adresskarten
Zirkularen
Visitenkarten.

217. Königl. Preußische Klassen-Lotterie.

Lose erster Klasse werden für die bisherigen Spieler bis inkl. 19. Juni reserviert.
Lose erster Klasse vorrätig.

Bischof, Lotterie-Einnehmer, Braunnstraße 36.

„HANSA-HALLE“.

Heute Mittwoch, **Waisenkinderfest**: Großes Tanzkränzchen.

Anfang 6 Uhr.

Eintritt frei.

H. Lüth.

Großer schattiger Garten. Bester Aufenthalt für Familien.

Achtung Maurer!

Mitglieder- Versammlung

am **Mittwoch, 19. Juni,**

abends 8 1/2 Uhr

im **Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.**

Tages-Ordnung:

1. Innere Verbandsangelegenheiten.
2. Das Begräbniswesen.
3. Kartellbericht.
4. Fragekasten und Verschiedenes.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das
Erscheinen der Mitglieder notwendig.
Der Vorstand.

NB. Für den Ausflug nach **Entin** können
die Fahrkarten schon jetzt in Empfang ge-
nommen werden.
Bandelegierten-Sitzung
am **Donnerstag, den 20. Juni.**

Empfehle
sämtliche **Kolonialwaren**
zu guten und billigen Preisen.

sämtliche **Spirituosen u. Weine**
im Klein-Verkauf.
Gebe rote Rabatmarken.

C. F. Leukefeld, Lg. Vohberg 1.

Friedrichshof.

Mittwoch, den **19. Juni 1907,**

am **Waisenkinderfesttage:**

→ **Tanz.** ←

Flora.

Am **Waisenkinderfesttage:**

Tanz-Kränzchen.

Anfang 8 Uhr.
Max Siems.

Gesangverein „Harmonie“ Entin.

General-Versammlung

am **Donnerstag, den 20. Juni,**
abends 8 Uhr, im **Vereinslokal.**
Der Vorstand

Wilhelm-Theater.

Mittwoch: 33. Abonnement-Vorstellung.
Unwiderrüflich letzte Aufführung von
Rudolf Herzog's

Die Condottieri.

Anfang 8 Uhr.

Donnerstag: Gastspiel **H. Wahlberg-
Kean**, oder **Leidenschaft und Genie.**

Stadthallen-Theater.

Direktion: **Ludwig Piorkowski.**

Mittwoch, den **19. Juni:**

Juni 1. Male.

Olympische Spiele.

Detektivschwank in 3 Akten v. **Kraag u. Neesl.**

Repertoirestück aller ersten Bühnen.

Donnerstag, den **20. Juni:**

— **Großer Lacherfolg!** —

Bis früh um fünf.

Billetvorverkauf bei **F. W. Kaibel** und
Otto Borchers, Breitestraße, sowie an der
Theaterkasse.
Dukendbittl. für alle Plätze a. d. Theaterkasse.



□ Jedes Heft ist reich illustriert! □

Blut und Eisen

Krieg und Kriegerstum in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts her-
ausgegebenen „**Kulturbilder**“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der
Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenscheit gespielt hat, welche Greuel
er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in
welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegs-
geschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen,
wie sehr auch die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen
Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die
sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts,
Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreneln, Soldaten-
typen, Spottbilder und Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschau-
lichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen
durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**
sowie deren Kolporteurs und Austräger.

Arbeit und Mühsiggang.

In seinem soeben erschienenen Büchlein*) gibt uns Genosse Parvus eine vorzügliche Betrachtung über den lebenden und adelnden Wert der Arbeit und den Fluch des Mühsigganges. Wir glauben nichts Besseres tun zu können, als gerade die erhebende Betrachtung, die der Genosse Parvus in der Einigkeit der Peter Paulsfeier anstellte, hier wiederzugeben. Sie erinnert an das begeisterte Lob, das Zola der Arbeit spendete.

„Die Arbeit soll ein Fluch sein? Nein, ein Fluch ist der Mühsiggang!“ schreibt Parvus.

„Seht doch diese Armen, die keine Ruhe finden, weil sie keine Arbeit bekommen! Sie jagen über die Berge und über die Meere, durch alle Weltteile, auf der Suche nach neuen Eindrücken. Wie der ewige Jude, sind sie zur Flucht vor sich selbst verurteilt. Sie fliehen ihre eigene innere Hohlheit. Sie haben keine innere Welt. Sie haben keinen inneren Halt. Ihre Seele ist zerfasert. Ihr Geist ist wie stehendes Wasser, in dem alles verfaulst. Sie können nur noch verlangen, niemals erstreben. Nichts vermag sie hinzureißen, aber die geringste Grille verbittert ihnen das Dasein. Ihre Gedanken und ihre Empfindungen, nicht durch ein Lebensziel in einem Brennpunkt gesammelt, dem in Kampf und Lebensdrang die Arbeit entspringt, werden von flüchtigen Stimmungen auseinandergerissen und getragen, wie die Spreu im Winde, und sinken wie Spreu, kraftlos und nutzlos zu Boden.“

Das Nichtstun ist eine Strafe, die selbst den stumpfsinnigsten Verbrechern zur Qual wird. „Man denke sich einen Menschen mit gefesselten Armen und Beinen und einer Binde vor den Augen. Wäre das nicht eine schreckliche Marter, selbst wenn dieser Mensch gut gebettet und gut genährt wäre? Was aber wäre das Schlimmere daran? Die Unfähigkeit!“

Alle unsere Sinnesorgane, der Blutumlauf unseres Körpers, die Molekularbewegungen unseres Hirns treiben uns zur Tätigkeit an, erzeugen Tätigkeit — und da glaubt man, diese menschliche Maschine werde keine Arbeit leisten, wenn man in sie nicht mit einem Strick dreinschlägt?

„Nein, umgekehrt, Zwang und Not haben erst die Arbeit zur Qual gemacht.“

Die Arbeit ist die Erzieherin unseres Reichtums und unserer Kultur. Sie ist der springende Bohn, aus dem die Persönlichkeit die Kraft und den Mut schöpft zu ihrer vollen Entfaltung, sie ist die Wurzel unseres Glückes, ohne die es nicht gedeihen kann. Mit tausend lebenden Fäden einigt die Arbeit die Familie, die Nation, die Menschheit. Und doch haben wir es zustande gebracht, uns so einzurichten, daß der Arbeit nicht Eintracht, sondern Zwist entspringt und ihr Segen wird zum Fluch.

„Ein großer Riß geht durch die Gesellschaft, der sie in Klassen scheidet, die übereinander geschichtet sind. Seitdem ist der kulturelle Fortschritt mit dem Eisgang auf dem Meere zu vergleichen, bei dem Eisberge sich übereinander aufstürzen; und währenddem die felsam zerklüftete obere Schicht an der Sonne glitzert, bleiben die Massen tief unten in Nacht und Kälte.“

„Man hat durch die Arbeit die Arbeiter unterjocht. So wurde die Arbeit zur Quelle der Ausbeutung.“ Die Ausbeutung kehrt alle Wohltaten der Arbeit in ihr Gegenteil um. Die Ausbeutung bewirkt es, daß die Ar-

beit, die das Leben erheben und verschönern sollte, dem Arbeiter keine Zeit zum Leben läßt. Die Ausbeutung bewirkt es, daß die Arbeit den Arbeiter von seiner Familie trennt. Die Ausbeutung bringt den Kampf ums Dasein zwischen Mann und Frau, zwischen Vater und Kind. Die Ausbeutung bewirkt es, daß die Arbeit den Arbeiter zum Krüppel macht, seine Gesundheit verkümmern läßt, seine Lebensstage kürzt. Die Ausbeutung bewirkt es, daß die Arbeit den Arbeiter stumpfsinnig macht, statt seine Sinne und den Geist zu schärfen. Die Ausbeutung erzeugt Haß, Neid, feige Unterwürfigkeit, Verzweiflungswahn und Rohheit.“

Die Ausbeutung hat die Arbeit entehrt. In Lumpen gehüllt, ein abgehärmtes Weib, mit dünnen, schwieligen Händen, gebücktem Rücken, aufgelöst das dünne Haar, geht die Arbeit durch die Straßen, — und das Leben, geschminkt und aufgeschuppt, rollt auf Gummirädern an ihr vorbei und sieht sie verächtlich über die Achsel an. In den Palästen hegt man sie mit den Hunden, in den bürgerlichen Häusern schließt man vor ihr die Türen zu; man weist sie zurück, man spöht sie weg, man jagt sie hinaus zu den Armen, in den Schmutz der Vorstädte, wo Misse und Kälte herrschen.

Ausbeutung, Klassenscheidung, Klassenherrschaft haben uns mit uns selbst verfeindet, unsere sozialen Begriffe und Vorstellungen entzweit, verwirrt, entstellt. Wie die Irren tosen wir uns in dieser Welt herum. Wir erkennen uns nicht gegenseitig. Wir steigen einander über die Köpfe. Seht da diesen: er ist auf den Dfen geklettert, beklebt sich den Rock mit bunten Fäden, legt den Federbusch auf und läßt sich militärisch grüßen! Wir bearbeiten uns mit Messern, jagen uns gegenseitig Bleikugeln ins Fleisch, erfinden Geschosse, die über zwanzig Kilometer weit reichen, um uns gegenseitig auf diese Entfernung verwunden zu können. Wir werfen unser Hab und Gut zum Fenster hinaus, wir stürzen es in die Meereswogen. Wir schaffen unendliche Reichtümer; und alles, was wir geschaffen haben, tragen wir zusammen, häufen es zu Bergen auf, die bis in die Wolken reichen; ganz oben legen wir Steine aus Gold; darauf setzen wir einige aufgebälzte Kerlschens, die aus vollem Halse schreien: „mein!“ — wir selbst aber, hungernd und frierend, bilden unten große Militärkordons, um uns selbst und der ganzen Welt den Zutritt zu den von uns erzeugten Reichtümern, zu den Speisen und den Gewändern, zu verwehren. Und wenn man uns fragt: „warum tut ihr das?“ — so antworten wir: „weil es uns hungert und friert!“ Und wir bilden uns ein, die Menschheit werde nicht mehr arbeiten, wenn sie nicht mehr ausgebeutet wird.

Man schaffe die Ausbeutung aus der Welt, und der Arbeiter kommt aus der Not, die Arbeit aus der Schande, die Menschheit aus dem Irrenhaus heraus. Die Befreiung der Arbeiter wird die Kultur von ihren rohen Fesseln befreien. Dann wird es herrlich ersehen und erblühen, das menschliche Reich der Arbeit.

Die heilige Sache des Volkes und ihre Verräter.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wird den christlichen Gewerkschaften recht unangenehm. Der Verband beschränkt sich eben nicht darauf, den politischen Bestrebungen der Sozialdemokratie entgegen zu arbeiten, sondern betätigt sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete als Unternehmerschutztruppe. Er steckt hinter den Gründern der berüchtigten gelben Gewerkschaften, die den christlichen Organisationen besonders gefährlich sind, weil

sie sich ja auch als königstreuen, staatsertreu, national und — wenn es gerade nottut — auch als Schlichter der Religion aufspielen. Worin sie aber den christlichen Organisationen voraus sind, das ist, wie ein Organ der Gelben bemerkt, „der „verhältnismäßig geringe Beitrag, den sie erheben. Denn sie brauchen ja nicht wie alle übrigen Gewerkschaften, Gelder für Durchführung von Streiks, die bekanntlich Unsummen verschlingen, anzusammeln.“

Auf der Tagung in Hamburg ist die Aufgabe der Gelben in diesem Sinne präzisiert worden:

„Der Bund wird die oft geübte Taktik anderer Berufsvereine, bei den von der Sozialdemokratie angezettelten Ausständen mitzustricken, nicht mitmachen, im Gegenteil wird er auf die Verhältnisse so einzuwirken suchen, daß der grassierenden Streiklust Abbruch getan wird.“

Mit diesen Worten hat ein Führer der Gelben gekennzeichnet, was nach der Ansicht der Macher des Reichsverbandes als staatsertreu zu betrachten ist und was nicht; Organisationen, die auch nur im äußersten Notfall den Streik als erlaubte Waffe betrachten, sind „vaterlandslos“: national ist nur, wer sich unter allen Umständen als Streikbrecher zur Verfügung stellt. Also eine ganz hübsche, reinliche Scheidung, durch die aber die Christlichen offenbar in große Verlegenheit veretzt werden. Wenigstens hält es ein christliches Gewerkschaftsorgan, „Die Gewerkschaftsstimme“ für nötig (Nr. 24), in einem längeren Artikel gegen den Protektor der Gelben, gegen den Reichsverband, loszugehen. Das christliche Organ führt da u. a. aus:

„Der Arbeiterschaft das Streiken, — das heißt den Kampf um bessere Lebensbedingungen, den Kampf um Teilnahme an dem Wohlstande des Reiches, den Kampf um Schutz von Gesundheit und Leben der Arbeiterschaft, den Kampf um die Erhaltung unseres Familienlebens — abzugewöhnen, soll demnach das Ziel des Bundes vaterländischer Vereine sein. Der Bund treibt da ein äußerst gefährliches Spiel. Die Führer des Bundes wissen, daß die Sozialdemokratie ihre Anhänger nur aus der Masse der Unzufriedenen holt, aus jenen Schichten des Volkes, die gedrückt von ihren Arbeitsherrn keinen andern Ausweg mehr wissen. Wenn die Arbeiterschaft den Kampf um die Erhaltung ihrer Rechte aufgibt, dann werden sich die Mißstände im Erwerbsleben ins Unermeßliche mehren und der Boden für die Sozialdemokratie wird um so fruchtbarer. Man bereitet jener Partei, die man zu bekämpfen vorgibt, den Boden, auf dem sie ihre Saat erfolgreich ausstreuen kann. — Die Besserstellung der Arbeiterschaft ist erreicht worden nach jahrelangem ständigem hartem Ringen und hier gilt für uns mehr als irgendwo anders die Mahnung:

„Was du ererbt vor deinen Vätern hast Erwirb es wieder, um es zu besitzen.“

Wo unsere Brüder kämpfen und ringen, wo noch Tausende von Brüdern und Schwestern unter unerträglichen Verhältnissen leiden, wir erinnern nur an die Heimarbeit, da ist noch lange nicht Zeit, an Ruhe zu denken.

„Und sehet ihr nicht das Leben ein Nie wird euch das Leben gewonnen sein.“

In diesem Kampfe bedeutet die Haltung des Bundes vaterländischer Vereine einen schändlichen Verrat an der heiligen Sache des Volkes.“

Das sind treffliche Worte! Nur haben die christlichen Gewerkschaften fast genau so angefangen, wie jetzt die Gelben. Mit dem „billigeren Beitrag“ haben sie ziemlich lange die Arbeiter zu ködern gesucht. Sie haben damals

„Habt Ihr gehört, was Mr. Donegal gestern in der Versammlung gesagt? Ha, ha, ha, ein wahres Wort hat noch niemand gesprochen —“

„Nun?“

„Zerschnitten und zerstückelt haben sie uns schon seit Jahrhunderten: am besten täten sie jetzt daran, eine große Pastete aus uns zu backen und uns ganz zu verschlingen — aber dann würden sie erst fühlen, wie zäh wir sind!“

„Ha, ha, ha!“ lacht Mutter Brigitte; „sie würden sich schon den Magen an uns verderben — ich habe das auch schon gehört; aber es rührt nicht von Mr. Donegal her, das hat einer gesagt, — wie heißt er doch gleich — der Bücher geschrieben und von dem man sich allerlei Lustiges erzählt.“

Die Alte klopft die Tumpfsel an dem Wegstein aus und birgt sie unter dem roten Mantel.

„Wie müht sich die Kathleen geberdet hat — alle Getreiden! mir stehen die Haare nach zu Berge, und wie sie die gebenedeite Muttergottes geläutert! Wenn es auf die antäme, dann ständen noch heute alle englischen Schlösser in lichterlohen Flammen.“

„Mir wäre es auch schon recht,“ entgegnete Mutter Brigitte, „da gäbe es Feuer, unsere Kartoffeln zu rösten!“ Und sie schwingt ihre noch brennende Pfeife, daß die roten Funken sie umfliegen.

Gleich darauf verschwinden beide in der Kapelle.

„Also Mr. Donegal wiegelt auch hier die Leute auf?“ denkt Sir Harold.

Singend ziehen einige Burschen vorüber.

„Wo wohnt Mrs. Larry O'Brien?“ fragt er.

Man zeigt ihm ein mit Schindeln gedecktes Häuschen, das vereinzelt, etwas vom Dorfe entfernt, am Wege liegt.

„Ist das nicht dicht daneben die Schmiede, wo er sich so oft als Knabe hat sein Reitpferd beschlagen lassen?“

Im Vordergärtchen stehen einige Leute, wehlagend und weinend. Sie wenden sie zur Seite, flüsternd: „Sir Harold Norton, was will der hier?“

Er tritt durch die offene Haustür in die Küche. In dem von einer flackernden Talglampe matt erleuchteten Raum sitzt vorah O'Reilly und murmelt Gebete, den Rosenkranz in den Händen.

„Überrascht blüht sie auf, als er sie anredet.“

Kathleen von Killarney.

Eine Geschichte aus Irland.
Von Johanna Feilmann.

(5. Fortsetzung.)

Wenige Augenblicke später ist Miriam allein. Wie entsetzlich war ihre Freude zerstört worden!

Noch lange wandelt sie im Garten umher, mit dem Gedanken an den toten Larry beschäftigt. Den er wohl geheiratet? Ob es ein Mädchen aus dem Dorfe war? O, wie unglücklich mußte die junge Witwe sein! Und ein Knäblein war da; so früh verwaist. Armes Kind! Für die Waise mußte ihr Gemahl sorgen. Larry hatte ihr ja selbst einmal das Leben gerettet!

Sie erstelt einen kleinen Hügel. Da breitet sich der im Mondlicht schimmernde See. Dort im unteren See war es, dicht bei der Arbutusinsel, wo Larry sie bei einer Firschlager*) dem Wasser entriß, als sie sich übermüht über den Rand des Nachens gebeugt hatte. Armer, armer Larry!

Eine abergläubische Furcht beginnt sie zu quälen. Kathleen O'Donnell taucht in ihrer Erinnerung auf. Was wohl aus der muntern Spielgefährtin geworden? Einmal ist sie ihr vor einigen Jahren in Dublin begegnet — da hat Kathleen so schnell und schon weggeblüht und ist dann plötzlich in der Menge verschwunden. Welch wundervolle blaue Augen das Mädchen hatte! Ja, das waren dieselben Augen, die Thomas Moore besang! Jetzt weiß Miriam, warum Kathleen ihr vorschwebt.

Fröstelnd zieht sie den Burnus enger um die Schultern und tritt zurück in ihr Gemach. Warum sich fürchten? — es ist so kindisch.

Sie nimmt den Standard und versucht zu lesen; es steht ein Artikel über Irland darin — die englische Regierung wird hier ihrer Nachsicht und Langmut wegen getadelt.

Miriam liest; dann schiebt sie die Zeitung schauernd beiseite.

Armes, unglückliches Land, was ist aus dir geworden!

*) Der Firschlager wird in das Wasser getrieben und von den Booten aus jagt man ihn zurück.

IV.

Begleitet von seinem Diener und wohlbewaffnet, nähert sich Sir Harold dem Dorfe. Kein Mensch weit und breit, rings umher lautlose Stille — nur der Fluß murmelt leise. Wie gebannt stehen die Berge, die Bäume; kein Blatt, kein Halm regt sich. Gehaltschwer und schweigend geht Sir Harold neben dem treu bewährten Diener. Da strauzelt sein Fuß über einen Stein — ha, hier muß der Kampf stattgefunden haben, hier ist das Unglück geschehen!

Überall liegen Steine und Felsen und gelbe Bänder und Rosetten im Staub. Die große Dogge, Sir Harold's stete Begleiterin, bleibt stehen, beschneift das Gras am Rain und winselt. Da liegt ein blutgetränktes Tuch — sie hebt es mit der Schnauze auf und bringt es ihrem Herrn. Der schleudert das Tuch in den Fluß — es schwimmt gleich einer dunklen Rose weiter, dann zieht der Strudel unter der Dogge drückt es schnell hinab. Und nun springt die Dogge den Abhang hinunter, hinweg über niedergetretenes Ginstergestepp und Geröll — jetzt kommt sie zurück, im Maul trägt sie einen zerfetzten Rosenkranz; nur noch wenige Perlen und das Kreuz haften an der Schnur. Schauernd will er ihn dem Tuche nachsehen — da sieht er vor seinen Augen ein verzweifelt Weib, das, den Rosenkranz zerreißen, sich in den Fluß stürzen will — voll Grauen gibt er die Schnur dem Diener.

„Verwahrt dies, Tom!“

Wie gespensterhaft der Mond über dem Fluß steht! Und drüben da kriechen schon weiße Nebel, und dort wallt es auf und nieder wie sich bewegende Leuchtender!

Schnell hastet Sir Harold vorüber. Sonderbar — er kann sich des Gedankens an Kathleen von Dublin nicht erwehren. Wie ein Pfeil so tief in die Seele greifen kann! Wenn sie sich damals doch das Leben genommen — bah — ist es seine Schuld — warum nur daran denken?

In der Nähe der kleinen katholischen Kirche, die am Wege liegt, werden Stimmen laut.

„Blut will wieder Blut, Mutter Brigitte.“

„Sie werden ihn laufen lassen; es ist ein Protestant, ein Engländer; ja, wäre es umgekehrt gewesen, bei Sanct Patrick, man hätte schon längst das ganze Dorf untert zu oben gelehrt, aber was liegt daran, ein Irlander mehr in der Welt oder weniger —“

erklärt, sie könnten es billiger geben, weil sie keine „Agitatoren zu füttern“ hätten und weil man die Streikgelder sparen könne, da man mit den Unternehmern — die gar nicht „so“ seien — nur „vernünftig zu reden“ brauche, um alle berechtigten Wünsche befriedigt zu sehen.

Also eine geradezu frappierende Ähnlichkeit zwischen Christlichen und Selben! Die Christlichen haben Stück für Stück ihres damaligen Programms preisgeben müssen, weil ihnen sonst alle ihre Mitglieder wieder davongelaufen wären. Aber wo es irgend geht, üben sie — genau wie die Selben — noch immer „schönen Verrat an der heiligen Sache des Volkes“. Immer deutlicher enthüllt sich das geradezu systematische Streben der christlichen Führer, nicht in erster Linie die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, sondern nur die modernen Gewerkschaften möglichst zu schädigen. So werden auch die fortgesetzten Verrätereien bei den Lohnbewegungen erklärlich.

Unter solchen Umständen wirkt es etwas lächerlich, wenn christliche Organe sich über die Verrätereien der Selben entsetzen. Der Unterschied zwischen beiden Gruppen besteht nur darin, daß die einen ihre Absichten offen bekennen, während die anderen weniger ehrlich sind. Nur haben die Christlichen das Pech, daß jeder nur einigermaßen intelligente Arbeiter ihr Spiel durchschaut. Mit ihrem wüsten Geschrei über „sozialdemokratischen Terrorismus“ werden sie dagegen nichts ausrichten können.

Soziales und Parteilieben.

Der vierte ordentliche Gewerkschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine tagt vom 17. bis 19. Juni d. J. in Düsseldorf. Die Tagesordnung umfaßt folgende Hauptpunkte: Bericht des Vorstandes. (Ref.: Max Kadestock-Dresden.) Bericht des Sekretärs. (Ref.: Heinz Kaufmann-Hamburg.) Bericht über die Organisation des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und seiner Kreisverbände. (Ref.: Konrad Barth-Krailling-Planegg.) Der gemeinschaftliche Einkauf der Konsumvereine. (Ref.: Karl Schmidchen-Magdeburg.) Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes und die Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften. (Ref.: H. v. Elm-Hamburg.) Bericht über die Entwicklung der Unterkategorie des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. (Ref.: H. Kaufmann-Hamburg.)

Lohnbewegung der Hafnarbeiter in Düsseldorf. Uns wird von dort geschrieben: Bei der Firma Lespfeier, Holzhandlung und Sägewerk am hiesigen Hafen, sind die Schiffsanwärter in den Streik getreten. Die Kollegen hatten Forderungen an die Firma gestellt, die dieselbe auch bewilligte. Den Tarif zu unterschreiben weigerte sie sich aber. Es ist dies die einzige Firma hier im Hafen, wo ohne Tarif gearbeitet wurde. Nun laufen am 1. Juli auf den anderen Werken die Tarife ab, und die Hafnarbeiter sind um einige Lohnerhöhungen und sonstige Verbesserungen eingekommen. Es hat jetzt den Anschein, als wollten die Unternehmer gemeinschaftlich gegen das Vorgehen der Hafnarbeiter Stellung nehmen, darum auch die Weigerung der Firma Lespfeier zur Unterschrift des Tarifs. Die Ortsverwaltung des Hafnarbeiterverbandes hielt es bis jetzt noch möglich, sich auf friedlichem Wege mit Verhandlungen, wie es bei verschiedenen Firmen schon geschehen ist, auseinander zu setzen. Sollte dies aber nicht sein, so werden die Unternehmer sehen, daß die Hafnarbeiter keinen Winterschlaf gehalten, sondern die Kollegen geschult und vorbereitet haben für den kommenden Kampf. Die Firma Lespfeier hat den Anfang gemacht, sie wird die Hafnarbeiter auf ihrem Posten finden, die ihre Interessen schon zu vertreten wissen. Wir bitten die gesamte Arbeiterschaft schon jetzt, im Hafen keine Arbeit anzunehmen und den Zugang so viel wie möglich fernzuhalten.

Zur Beendigung des Kampfes in der Metallindustrie im Raingebiete. In Frankfurt sowohl als in Offenbach ist am Montag in den Berieben die Arbeit wieder aufgenommen. Beachtenswert ist, daß die Frankfurter Metallarbeiter bei der Ausperrung noch Vorteile herausgeschlagen haben. Bei Lahmeyer wird die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt, bei Meyer tritt eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 3/4 Stunden ein, so daß jetzt 57 Stunden dort gearbeitet wird. Eine Kommission soll bei Meyer nochmals

vorstellig werden, nachdem schon einige Zugeständnisse gemacht wurden. Ferner wird noch geschrieben: Die erfreulichste Erscheinung bei diesem Kampf war: der Zusammenschluß, die Solidarität der Ausperrten und Streikenden. Wie jeder Kampf des Proletariats, so er mit einem Siege oder mit einer Niederlage endet, Vorteile, Erfolge für die Arbeiterschaft nach sich zieht — so auch hier: die Metallarbeiter des Industriegebietes Frankfurt a. M. wurden durch die Ausperrung aus ihrer teilweise lethargie aufgeregelt, ihr Klassenbewußtsein geschärft: sie schlossen sich in Masse der Organisation an. Es ist ein gewaltiger Erfolg des Metallarbeiterverbandes, daß z. B. bei den Adler-Fahrradwerken vorm. H. Meyer in Frankfurt a. M. von den 8000 Arbeitern sich nur ca. 300 Arbeitswillige gefunden haben, und bei den Lahmeyerwerken von 2200 nur ein paar Duzend. Dieser Erfolg läßt sich erst erkennen, wenn man in Betracht zieht, daß die Firma Meyer zu den ärgsten Schmarckern zählt, daß dort jahrelang ein starker Druck auf die Arbeiterschaft ausgeübt wurde, daß die Organisation schwer festem Fuß fassen konnte. Die Ausperrung hat, wie in anderen Betrieben, so auch hier die Arbeiterschaft zusammen geschlossen. Der Metallarbeiterverband konnte nun ernten. Bzgl. 1500 Metallarbeiter schlossen sich in den letzten Wochen dem Arbeiterverbande in Frankfurt a. M. an. Das ist kein geringer Erfolg.

Die zunehmende Protektarisierung des Wirtschaftslebens durch die in der Brauindustrie besonders stark auftretende Konzentration des Kapitals spielte auf dem bayerischen Gastwirtstag in Würzburg eine große Rolle als Gegenstand der Diskussion. Wie von allen Rednern dargelegt wurde, hat der Existenzkampf der Wirte infolge der Brauereisyndikate, der Fusionen usw. schreckliche Formen angenommen, so daß die Wirte bald nichts mehr weiter seien, als Angestellte der Brauereien. In Bayern sind nicht nur die Großbrauereien in Kartellen zusammengeschlossen, sondern auch die kleineren Betriebe haben den Zusammenschluß schon zu einem großen Teile durchgeführt. Infolge dessen wird der Wirt immer mehr zum willenlosen Werkzeug der Brauereien. Die Versammlung faßte eine Resolution, in der sie in den Kartellen, Ringen und Kundenschutzverträgen der Brauereien das Wirtschaftsgewerbe schwer schädigende Bestrebungen erblickt, weil sie lediglich ein Verhültnis sind, durch willkürliche einseitige Bestimmungen auf Kosten der Wirte die durch ein unwirtschaftliches Konkurrenzgebahren der Brauereien geschaffenen Folgen zu beseitigen und die Vertragsfreiheit und Freizügigkeit des einzelnen Wirtes zu unterbinden. Die Versammlung fordert von den Brauereien Anerkennung und Zusage der Wirtskorporationen bei Abschluß der Kartellverträge, von der Befreiung der Wirten der gesetzlichen Bestimmungen dahin, daß sie auch dem Wirt, als dem wirtschaftlich schwächeren Teil, gerecht werden und den Stand der heutigen Brautechnik berücksichtigen. Die Kartellpolitik der Brauereien soll, soweit sie zum Schaden des Wirtschaftsgewerbes führt, mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpft werden, deshalb will man sich nach Kräften bemühen, sämtliche Wirte in ihren Organisationen zu vereinigen.

Die Fortdauer des Bergarbeiterstreiks in Elsaß-Lothringen ist beschlossen. Wie schlimm und unerträglich dort die Zustände sein müssen, davon zeugt wohl zur Genüge das Zusammengehen des Christlichen Gewerkschaftsverbandes mit den Altverbänden. In der Konferenz des alten Verbandes wurde, obgleich Stimmen laut wurden, die zum Abbruch des Streiks rieten, beschlossen, da der Verband den Streik nicht inoffeniert habe und die Verbandsmitglieder doch bis jetzt durch ihr Mitstreiken ihre Solidarität gezeigt hätten, wie es sich für organisierte Arbeiter gehört, auch weiterhin diese Solidarität zu zeigen und sich dem Beschlusse der Vertrauensmännertagung des Christlichen Gewerkschaftsverbandes, gleichwohl ob derselbe für Abbruch des Streiks oder Weiterführung sei, anzuschließen. In der Vertrauensmännertagung des Christlichen Gewerkschaftsverbandes wurde zu gleicher Zeit folgender Beschluß gefaßt:

„Die heutige Konferenz streikender Lothringischer Bergarbeiter beschließt, treu und unentwegt im Kampfe um ihre Knappschaftsrechte zu verharren. Die Teilnehmer der Konferenz stellen fest, daß die streikenden Bergarbeiter selbst ihre Meinung zum Ausdruck brachten, und weisen es deshalb entschieden zurück, daß ihre Führer in diesem Kampfe als Hehr hingestellt wurden. Die Konferenz appelliert nochmals an das Solidaritätsgefühl sämtlicher Lothringischer Erzbergleute und fordert alle noch arbeitenden Kameraden auf, die Arbeit unverzüglich niederzulegen. Gleichzeitig

fordert die Konferenz sämtliche Bergleute auf, sowohl in Deutschland als auch in Luxemburg und Frankreich den Zugang fernzuhalten, damit dieser Kampf desto schneller im Sinne der kämpfenden Arbeiterschaft zu Ende geführt wird.“

In einer nach der Vertrauensmännertagung stattgefundenen Konferenz der Streikführer beider Organisationen erklärten sich die Altverbände laut ihrem Konferenzbeschlusse mit den Christlichen weiterhin solidarisch. Hoffentlich nimmt der Streik in nächster Zeit ein glänzendes Ende für die schwer bedrückte, für ihr Recht kämpfende Bergarbeiterchaft.

Die streikenden New Yorker Hafnarbeiter haben, nach einer Meldung des W. L. B., am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen.

Ausstand der Hafnarbeiter in Buenos Aires. Nachdem vor einigen Tagen die Angestellten einzelner Zweige des Hafnerverkehrs in den Ausstand getreten sind, ist nunmehr der Ausstand allgemein geworden. Der Verkehr im Hafen ist vollständig lahm gelegt.

Gewerkschaftssekretär gesucht! Das Gewerkschafts-kartell Herford beabsichtigt, zum 1. Oktober 1907 einen Gewerkschaftssekretär anzustellen. Bewerber belieben ihre Offerte, unter Beifügung eines Aufsatze über die Aufgaben eines Gewerkschaftssekretärs sowie Auskunft über ihre bisherige Tätigkeit, nebst Gehaltsansprüchen unter „Sekretärs-Gesuch“ an W. H. Radig, Herford, Hermannstraße 22, zu richten.

Arbeitersekretär gesucht! Für das in Bayreuth zu errichtende Arbeiterssekretariat wird ein Sekretär mit einem Anfangsgehalt von 1600 Mk. gesucht. Bewerber müssen rednerisch begabt sein und bei Einreichung ihrer Offerte eine Abhandlung über die Tätigkeit eines Arbeitersekretärs beifügen. Anstellung 1. August 1907. Meldungen sind bis längstens 1. Juli an G. Bauer, Spitalgasse 3, zu richten.

Bezirkssekretär gesucht! Für den Bezirk der Provinz Sachsen, nebst Anhalt, soll ein Sekretär angestellt werden, der bestimmte Aufgaben im Interesse der in dem Bezirk liegenden Gewerkschaftskartelle zu erledigen hätte. Diese Aufgaben wären in der Hauptsache die folgenden: Berichterstattung und Bearbeitung von statistischen Aufnahmen, aufklärende Arbeit zur Erzielung günstiger Verhältnisse für die Mitglieder der Krankenkassen, Agitation gegen Verschlechterung und für Verbesserung der Einrichtungen in der Arbeiterversicherung. Mitarbeiter bei Wahlen zu Krankenkassen, Gewergerichten usw., Studium der Verhältnisse in der Heimindustrie, bei den Landarbeitern und dem Gesinde, nutzbringende Verwendung der dabei gesammelten Erfahrungen, Agitation durch Vorträge, Abfassung und Verbreitung von Flugchriften usw. Als Anfangsgehalt werden 2000 Mk. (event. höher) gewährt. Sitz in Magdeburg. Befähigte Gewerkschaften wollen ihre Offerte, unter Angabe der jetzigen Tätigkeit und der Organisationszugehörigkeit, bis zum 1. Juli er, an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells, Louis Hähnel, Metallarbeiterbureau zu Magdeburg, Knochenhauerufer 27/28, einbringen.

Burschenschaft und Sozialdemokratie. Seit Jahren bemüht sich eine Richtung in der Burschenschaftsvereinerung der technischen Hochschulen, die im Reichswasser des Alldeutschen Verbandes mitgeschleppt werden, einen roten Fleck zu beseitigen. Es war vor zwei Jahren eine Berliner Burschenschaft, die auf dem Verbandstag zu Kildesheim forderte, daß Anhänger der Sozialdemokratie nicht in den Reihen der alten Herren geduldet werden. In diesem Jahre verpflichtete sich die Inquisition beim Rüdeshheimer Wein zu folgendem: in den „Burschenschaftlichen Blättern“ veröffentlichten: „Der Rüdeshheimer Verband deutscher Burschenschaften“ hält die Angehörigkeit eines Sozialdemokraten zum Verband für unvereinbar mit der vaterländischen Gesinnung, die er von seinen Mitgliedern verlangt.

Wie man aus Karlsruhe mitteilt, richtet der Beschluß seine Spizen einzig gegen die Burschenschaft „Teutonia“ der dortigen technischen Hochschule, zu deren alten Herren unser Parteigenosse Ab. Geck, der Reichstagsabgeordnete, für Karlsruhe zählt. Da diese Burschenschaft am kommenden Sonntag ihr 50jähriges Dasein feierlich begeht, wird den Teilnehmern die Frage vorgelegt werden, ob sie gemäß dem Beschluß von Rüdeshheim den Vizepräsidenten der badischen Burschenschaft für einen vaterlandslosen Gesellen erklären und dichten wollen. Da in der Karlsruher „Teutonia“ bisher immer noch das Prinzip der Überzeugungsfreiheit hochgehalten wurde, wird die Rüdeshheimer Inquisition der Reichsburschenschaft

„Mile Heiligen,“ schreit sie dann, ihn erkennend, „Sir Harold Norton, was bringt Sie her in das Haus des Glendes und des Todes?“

„Das Mitleid,“ entgegnet er.
Sie erhebt sich. Eine reckenhafte Gestalt steht sie vor ihm: ihre Augen brennen düster unter den grauen, horstigen Brauen, und die weiße Spitze der Haube bewegt sich wie der Fingel eines unruhigen Vogels, denn ihr Kopf zittert vor Erregung.

„Sie kennen mich nicht, sonst würden Sie mir wohl die Hand reichen, Sir Harold — ich habe Sie auf dem Arm getragen und manche Nacht bei Ihnen verbracht, als Sie ein kleiner, blondlockiger Knabe waren, gerade wie der da in der Wiege. Ja, ja, die Heiligen wissen es, wie ich Sie später Tag und Nacht im Scharlachfieber und im Typhus gepflegt — aber —“

„Wo ist die junge Frau? Ich kam ihretwegen,“ unterbricht er sie ungeduldig.

Aus ihren Augen bricht ein Strahl des Hasses. Weiß er nicht, wach bedeutende Persönlichkeit er in ihr beleidigt? Weiß der Gutsherr von Casile Glenda nicht einmal, daß sie die Keener, die allgemein beliebte Klagefrau des Dorfes ist? Nein, man behandelt Norah O'Reilly nicht umsonst mit Geringschätzung.

Sie öffnet die kleine Kammertür.
„Sehen Sie, was einer von Ihren Leuten getan hat!“

Da liegt er auf dem schmalen Bett, der junge Larry, gerade als wäre er eben entschlummert. Der Tür gegenüber steht auf dem mit einem schwarzen Tuch verhangenen Tisch ein aus Holz geschnitztes Kreuz.

Still brennende Kerzen werfen ruhiges Licht auf das männlich schöne Antlitz. Auf dem nackten Lehmboden, die Leiche umschlingend, kniet eine Frau und birgt das Gesicht an der Brust des Toten.

Nichts regt sich — kein Atemzug ist hörbar.
Leise zieht sich Sir Harold zurück, denn jede Störung scheint selbst ihm Entweihung. Er hat laute, leidenschaftliche Klagen erwartet, darauf war er vorbereitet, nicht gegen diesen krummen Schmerz.

Da tritt aus der dunklen Zimmerecke Vater Mulligan, der Reichwahrer Kathleens. Sein gelblich hageres Gesicht mit den lebhaften schwarzen Augen drückt Verachtung aus, als er den Finger auf die Lippen legend, mit der Hand hinausdeutet.

Wie darf dieser Mann so aller Sitte Hohn sprechen und zu dieser Stunde erscheinen?
Vater Mulligan kennt ja die ganze tragische Geschichte seines Reichkneides, ihre Sünde, ihre Verzweiflung und ihre Reue.

„Schalte schließt er die Tür und folgt Sir Harold in die Küche, sprachlos vor Entrüstung.“

„Ich hätte Mrs. O'Brien gern gesprochen,“ sagt Sir Harold, den Hut vom Tische nehmend. Noch immer hat er keine Ahnung davon, in wessen Haus er sich befindet. Da regt sich der kleine Tim in der Wiege.

„Ah, mein Goldkind, mein Juwel! Die Muttergottes beschütze dich, armes, vaterloses Würmchen. Schauen Sie, Herr, das ist Kathleens Erstgeborener!“

Norah O'Reilly tritt dicht an die Kerze, und der Kleine greift jauchzend mit den Händchen nach einem großen Nachtfalter, der durch das offene Fenster hereingeschwirrt ist und die Flamme umkreist.

„Armes kleines Ding, es weiß nichts von seinem Unglück,“ seufzt Norah; „ja, Herr, jedesmal wenn mich der kleine Tim anlächelt, da ist mir's, als schauten mich Ihre blauen Kinder-Augen an. Die Ähnlichkeit ist erstaunlich.“

„Schon gut, schon gut“, unterbricht der Priester ihren Wortschwall.

Sir Harold aber neigt sich zu dem Kinde — das ist ja der kleine Robert Norton, wie ihn Sir Josuah Reynolds so vortrefflich gemalt — ist es doch, als wäre das Bild lebendig geworden.

„Nicht wahr, die Ähnlichkeit mit Ihrer Familie muß jedem Auge auffallen, Sir Harold?“ sagt Norah. Ein spöttisches Lächeln umfliegt ihren zahnlosen Mund. „Nehmen Sie doch einen Tropfen Whisky, Sir Harold, Sie sind ja ganz bleich. Nicht wahr, das Glend der armen Leute geht einem ordentlich zu Herzen, wenn man es sich mal anschaut.“

Er versteht ihre Anspielung nicht, denn noch immer ahnt er nichts.

„Mama, Mama, komm!“ ruft der Kleine.
Da erwacht Kathleen aus dem stumpfen Brüten, welches dem wilden Sturm der entfesselten Leidenschaft gefolgt ist.

Ihr Kind ruft sie, der kleine Tim.
Schnell rafft sie sich empor, und da erscheint sie im Rahmen der Tür, ganz bleich, mit großen, nächtigen Schatten unter den umflorten Augen.

„Jesus und Maria, Sir Harold!“ kreischt sie, sich an das Herz greifend und bricht ohnmächtig zusammen.

Wie versteinert steht Sir Harold.
„Sehen Sie“, flüstert der Priester mit einem vielsagenden Blick auf Norah, die sich um Kathleen bemüht, „gehen Sie, Ihr Antlitz könnte ihr Tod sein.“

Als wäre das Erlebte ein böser Traum gewesen, so atmet Sir Harold hoch auf, als er das Häuschen verläßt, aber der böse Traum hält ihn noch immer gefangen; er ist verwirrt, verstört; er kann den Zusammenhang nicht klar erkennen. Ist die Frau, welche ihm gleich einem Schatten

erschien, wirklich Fleisch und Blut! — Ist sie ein Gespenst, ein Trugbild, hervorgezaubert aus der Nacht der Schrecken durch den Gesang Miriams?

Weit liegt schon das Dorf hinter ihm, als seine Gedanken anfangen sich zu regeln. Ja, es ist Kathleen O'Donnell. Aber wie — wenn der Kleine — nein — das ist nicht möglich — so stolz ist ja kein Mädchen aus dem Volke, daß es nicht die geringsten Ansprüche an den Vater zur Erhaltung des Kindes erhoben hätte — diese Ähnlichkeit ist Zufall — Spiel seiner Phantasie. Hin und her wälzt Sir Harold den Gedanken, bis er schwerer und schwerer wird und sich wie eine kleine Last auf das Herz legt. Ja, es ist sein Kind — fatal, warum gerade jetzt diese Enthüllung? Wie unheilbringend kann sie werden, wenn Miriam die Ähnlichkeit entdeckt.

Miesengroß tritt wieder das Ich in den Vordergrund seiner Empfindungswelt. Kathleen sowohl als auch das Kind, sie müssen fort von hier, bald, es wird sich leicht ausführen lassen.

Nicht einen Augenblick denkt Sir Harold daran, wie viel das arme Menschenherz gelitten haben mag; nicht einen Augenblick macht er sich einen Vorwurf darüber, daß er nie nachgeforscht, was aus ihr geworden, als sie Dublin so plötzlich verlassen hat. War es nicht besser für seine Seelenruhe, Kathleen aus seinen Gedanken zu bannen? Wenn sie ihre Drohung ausgeführt, so hätte er sie ja doch nicht wieder ins Leben zurückrufen können.

Wie phantastisch es sich doch manchmal in dem Gehirn selbst des vernünftig denkenden Mannes gestaltet! Kaum ist eine Stunde vergangen, daß er sie aus den Gewässern des Sees gleich einer Erscheinung hat auftauchen sehen, und hier lebt sie in seiner nächsten Nähe. — Wie schnell sie sich trotz ihrer Verzweiflung getröstet hat!

Er nähert sich Casile Glenda. Auf der Veranda vom Mondlicht umflossen, steht im lichten Gewande Miriam und harret schnelldrohend der Rückkehr des Gemahls. Bei ihrem Anblick verjährt alles, was ihn beunruhigt. Besfügelten Schrittes eilt er den Hügel hinauf; heiß wallt ihr sein Herz entgegen, da kommt sie die Marmorstufen herabgeschritten.

„Harold!“ Mit lautem Freudentuscheln stürzt sie ihm in die ausgebreiteten Arme. Wie stürmisch er sie an die Brust schließt!

Einige Augenblicke später kommt James.
„Herr, der Obergärtner —“

„Hun?“
„Er ist verschwunden.“
Sir Harold erbleicht.
„Das ist fatal!“ (Fortsetzung folgt.)

auf großen Widerstand stoßen. Die Sache kann interessant werden, da der Abgeordnete Gert entschlossen sein soll, keinesfalls durch ein Präventivverbot den Entfesseln der deutschen Wirtburg-Revolutionäre die Entscheidung leicht zu machen.

Ein interessanter Wahlfälschungsprozess fand vor dem Landgericht Stettin statt. Der Angeklagte, ein Schiffbauer, hatte bis Mitte Dezember 1906 in Stettin gearbeitet, seitdem arbeitete er in Brandenburg. Seine Familie blieb noch bis Anfang Februar in Stettin. Infolge der Veränderung kam der Name des Arbeiters sowohl in Stettin wie in Brandenburg in die Wählerliste. Nachdem der Angeklagte am 25. Januar bei der Hauptwahl in Stettin gewählt hatte, mußte er am 1. Februar nach Stettin reisen, um den Umzug der Familie zu bewerkstelligen. Das Packen der Möbel usw. nahm mehrere Tage in Anspruch. Da nun der Arbeiter nicht wußte, ob er zur Stichwahl in Brandenburg (5. Febr.) rechtzeitig zurück sein könnte, ging er in Randow-Greifswalden (zu diesem Wahlkreis gehört der Stettiner Stadtkreis Grabow, wo er wohnte) zur Stichwahl, die am 2. Februar stattfand. Durch diese Stimmabgabe soll er, wie die Anklage behauptete, sich der Wahlfälschung schuldig gemacht haben. Der Angeklagte bestritt das und machte geltend: wenn er die Absicht gehabt hätte, Wahlnötzel zu treiben, so hätte er ja noch bei der Stichwahl in Brandenburg am 5. Februar mitwählen können. Er sei wider Erwarten an diesem Tage wieder in Brandenburg gewesen und Schleppe beider Parteien hätten ihn aufgefordert, zur Wahl zu gehen; er habe das aber ausdrücklich abgelehnt, weil er schon in Stettin sein Stimmrecht zur Stichwahl ausgeübt. Das Gericht trat in seiner Urteilsbegründung insofern der Ansicht des Staatsanwalts bei, als es feststellte, daß der Arbeiter tatsächlich ein wichtiges Wahlergebnis herbeigeführt habe. Jeder Wähler sei nur in einem Wahlkreis zur Ausübung des Wahlrechts befugt. Muß eine Stichwahl stattfinden, so darf der an verschiedenen Orten in die Wählerliste eingetragene Wahlberechtigte nur an dem Orte an der Stichwahl sich beteiligen, wo er in der Hauptwahl gewählt hat. Denn die Stichwahl bilde nur eine Ergänzung der Hauptwahl, nicht eine selbständige Wahl, wie der Angeklagte irrtümlich angenommen. Nach § 12 des Wahlgesetzes sollen durch die Stichwahl nur die bei der Hauptwahl gebliebenen Zweifel über eine ausschlaggebende Majorität beseitigt werden. Durch die dem Gesetz nicht entsprechende Ausübung des Wahlrechts durch den Angeklagten sei das Stettiner Stichwahlergebnis ein anderes geworden, als es bei gesetzmäßiger Ausübung geworden wäre. Der Angeklagte habe somit gegen das Gesetz verstoßen. Da er aber, trotzdem er am 5. Februar wider Erwarten wieder in Brandenburg war, hier nicht mehr gewählt und auch die an ergangenen Aufforderungen zur Wahl zurückgewiesen hat, so nahm das Gericht als erwiesen an, daß er nicht vorzüglich wichtig gewählt. Es erkannte deshalb auch auf Freisprechung. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.

Vertretung der schweizerischen Arbeiterchaft auf dem internationalen Sozialdemokratischen Kongress in Stuttgart. Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei und das Bundeskomitee des Schweizer Gewerkschaftsbundes haben sich auf eine Kollektivvertretung von 10 Genossen geeinigt, wovon jedem Teil 5 Vertreter überlassen werden. Die Organisationen haben den beiden Zentralstellen entsprechende Vorschläge zu machen, aus denen jedoch die 10 Vertreter gewählt werden. Die Kosten der Delegation haben die betreffenden Organisationen, denen die Delegierten angehören, selbst zu tragen, die genannten beiden Zentralstellen leisten daran keinen Beitrag.

Ein Riesenschlachtfeld.

586 Tote, 4536 Schwerverwundete, 39145 Leichtverletzte.

Das Jahr 1906 brachte den Inhabern von Grubenaktien reichen Gewinn. Die Kohlenpreise waren erheblich gestiegen, die Bergleute schufteten fleißig, überflüssig, trotzdem konnte der stürmischen Nachfrage nach Kohlen nicht entfernt Genüge geschehen. Ein wildes tolles Jagen auf allen Gebieten, ein Hasten, wie es noch nie dagewesen war! Der Goldstrom stieg in nie gekannter Fülle. Bei 10 Prozent Dividende spricht man heute schon von unglücklicher Kapitalanlage. Wenn nicht 20, 25 oder 30 Prozent gezahlt werden, ist man nicht zufrieden. Die Jahresabschlüsse sind nunmehr erfolgt und mit Gemütsruhe können die Aktienbesitzer und die Aufsichtsräte nun die Koffer packen zur Abreise ins Gebirge oder in die Seebäder.

Nun die Rehrseite der Medaille — die Bilanz der Ruhrbergleute! Wie der Goldstrom der Unternehmer stieg, so stieg auch das Blutmeer: 44267 Unfälle wurden zur Anzeige gebracht gegen 41096 im Vorjahre, eine Zunahme um mehr als 3000 oder 7,72 Prozent. Auf den Arbeitstag entfielen 147,56 Unfälle, gegen 136,99 im Vorjahre. Interessant ist wieder, an welchem Wochentage die meisten Unfälle sich ereigneten haben. Die meisten Unfälle nämlich 7637 oder 17,25 Prozent, ereigneten sich an einem Sonnabend. Dann folgen der Dienstag mit 16,61 Prozent, der Mittwoch mit 15,99 Prozent; an letzter Stelle steht erst der viel geschmähte Montag mit 6978 Unfällen oder 15,76 Prozent. Im vorigen Jahre war die Reihenfolge: Sonnabend, Dienstag, Freitag, Montag, Mittwoch und Donnerstag.

Daß der Sonnabend die meisten Unfälle aufweist, ist kein bloßer Zufall, sondern ein Beweis dafür, daß am Schlusse der Woche die Bergleute so abgerackert und auch geistig so abgelenkt sind, daß das Vermögen, die Gefahr zu erkennen und zu übersehen, erheblich abgeschwächt ist. Wahrlich, das Ruhrrevier ist ein Schlachtfeld, wie kein zweites der Welt!

Das ist die Bilanz der Ruhrbergleute für das Jahr 1906: Blut und Leiden, Krüppel und Witwen und Waisen, Not und Elend! Das Resultat des Jahres 1906 ist wieder ein Hohn auf alle Kultur, eine Schmach für die Menschheit, eine furchtbare Anklage gegen die Vertreter des kapitalistischen Klassenstaates!

Landmädchen als Eisenbahnarbeiterinnen.

Von einem Mitgliede des Bundes der Landwirte wird im Organ dieses Bundes, der „Deutschen Tageszeitung“ bittere Klage darüber erhoben, „daß die Bahnmehlsterei Liebenwerda zur Zeit auf der Strecke bei Beyersdorf eine größere Anzahl junger Mädchen — natürlich vom Lande — beschäftigt.“ Dazu wird dann bemerkt: Überall leiden die Landwirte unter dem drückendsten Arbeitermangel, ganz besonders groß aber

ist der Mangel an weiblichen Arbeitskräften. Gerade diese sind zu gewissen landwirtschaftlichen Arbeiten (z. B. auf den Rübenfeldern, in der Hof- und Hauswirtschaft) viel besser geeignet und unentbehrlicher als Männer. Bei Arbeiten auf der Bahnstrecke dürfte doch wohl sicher das umgekehrte Verhältnis obwalten. Weshalb also werden da die wenigen jungen Landmädchen beschäftigt, die noch nicht zur Stadt gewandert sind, und überflüssigerweise Mißstimmungen unter den Landleuten erregt, welche nicht wissen, wie sie ihren Hackfruchtfeldern die notwendige Pflege angeeignen lassen, ihre Kühe gemolken bekommen sollen? Hoffentlich bedarf es nur dieser Bekanntgabe, um die höheren Vorgesetzten der Bahnmehlsterei Liebenwerda zu Befestigung dieser höchst unzureichend und häufig verwendeten weiblichen Arbeitskräfte zu veranlassen.

Wir vertreten, wie die Sozialdemokraten überhaupt, in der Frage der Frauenarbeit prinzipiell den Standpunkt, daß die Erwerbsarbeit der Frau nicht willkürliche Einschränkungen erleiden darf, daß es das gute Recht der Frau ist, sich auf allen ihren Talenten, Fähigkeiten und Neigungen zugehenden Erwerbsgebieten zu betätigen. Gewisse Einschränkungen allerdings gebieten sich da vernünftigerweise ganz von selbst aus der Art der Arbeitsleistung, aus der Art des weiblichen Organismus und auch aus der Natur und der Würde des weiblichen Wesens. Wenn wir Frauen in Bergwerken, in Hüttenbetrieben, als Lastträgerinnen auf den Bauten, im Eisenbahnbau und mit den schwersten Arbeiten auf dem Acker usw., beschäftigt sehen, die einen sehr starken physischen Organismus, die Kraftentwicklung physisch besonders gut veranlagter Männer erfordern, — so müssen wir uns als Gegner dieser Frauenarbeit bekennen, wie wir andererseits aus prinzipiellen und sachlichen Gründen nicht billigen können, daß Männer Arbeiten verrichten, die ihrer ganzen Art nach den Frauen zukommen. Diese Unterschiede und Einschränkungen lassen sich allerdings bis auf einige wenige, wobei es sich um Arbeiten handelt, die unter allen Umständen ganz besonders schädlich sind für die Frau, gesellschaftlich nicht feststellen. In einer vernünftigen und gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung würden sie ganz von selbst sich ergeben und ohne Zwang sich auch geltend machen. Die bestehende Wirtschafts- und Sozialordnung allerdings erkennt derartige Unterschiede und Einschränkungen grundsätzlich nicht an; wie die Arbeitskraft der Männer, so beutet sie rücksichtslos auch die der Frauen und der Kinder aus. Da ist es denn sehr charakteristisch, daß die Agrarier die jungen Mädchen vom Lande für landwirtschaftliche Arbeiten in Anspruch nehmen und nicht dulden wollen, daß sie als Bahnarbeiterinnen dem agrarischen Wirtschaftswesen entzogen werden. Das ist vom Standpunkt der Interessen der Agrarier aus begründet. Aber dann sollten die Herren sich doch hüten, zu behaupten, zu Eisenbahnarbeiten eigne sich die Frau viel weniger als zu den Feldarbeiten. Sehr viele dieser Arbeiten stellen an die weibliche Arbeitskraft sehr viel stärkere Ansprüche, als jene. Wenn denn schon die jungen Mädchen vom Lande die Wahl haben zwischen sehr schweren Feldarbeiten und weniger schweren Arbeiten an der Eisenbahn, so folgen sie, zumal wenn letztere besser bezahlt werden als jene und sie kürzere Arbeitszeit haben, doch nur einem berechtigten Interesse, indem sie diesem sich zuwenden.

Aus dem Gerichtssaal.

Bekrafung Jugendlicher. Die Göttinger Strafkammer scheint der Beschleunigung der so notwendigen Reform des Strafverfahrens gegen Jugendliche durch besonders hohe Strafen die Wege eben zu wollen. Erst vor einigen Tagen hat sie zwei Jungen von 15 und 17 Jahren, die durch Anzünden von trockenem Gras einen Waldbrand verursacht haben, zu drei und vier Monaten Gefängnis verurteilt. Am Donnerstag wiederum erkannte sie gegen einen dreizehnjährigen Schulknaben wegen eines ähnlichen Verbrechens auf eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Der Junge hatte auf Zureden eines neunzehnjährigen Spielgefährten im Hattenthaler Walde bei Hörben einen Grashaufen angezündet; das Feuer griff bei der herrschenden Trockenheit weiter um sich, wurde aber durch herbeieilende Waldarbeiter unterdrückt, so daß nur etwa ein Drittel Morgen Waldes beschädigt wurde. Der Staatsanwalt hatte drei Tage Gefängnis beantragt, das Gericht aber ging weit darüber hinaus. Allerdings will es den Verurteilten zur bedingten Begnadigung empfehlen. Jugendgerichtshöfe, besetzt durch Laien, werden ein immer dringenderes Erfordernis.

Anreizende Militärjustiz. Vor dem Kommandanturgericht in Koblenz stand ein Unteroffizier von dem Pionierbataillon Nr. 8, weil er einen Untergebenen derart gegen die Brust gestoßen hat, daß der Mann rücklings zu Boden fiel und einen Bruch des Ellenbogens erlitt. Er befindet sich heute, nach neun Wochen, noch in ärztlicher Behandlung. Dann versuchte der Stellvertreter Gottes, den Matratzierten von der Erstattung der Meldung abzuhalten, was diesen Herren ja in den weitaus meisten Fällen auch gelingt. Der Vertreter der Anklage verlangte für die brutale Tat eine Strafe von ganzen vier Wochen, noch dazu Mittelarrest. Und der Herr Verteidiger, ein Leutnant, betonte in seiner Verteidigungsrede, daß man solche Unteroffiziere, die den Mannschaften scharf gegenübertraten, gut gebrauchen könne. Eine Bestrafung des Unteroffiziers gefährde die Disziplin; denn wenn der Bestrafte wieder vor die Front trete, dächten die Leute: an dem haben wir mal Vergeltung gelobt. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen vorschriftswidriger Behandlung und Abhaltung von einer Besatzung zu sage und schreibe neun — Tagen Mittelarrest. — So schlägt man die „Söhne des Volkes im Waffencod“ vor Mißhandlungen. Hätte der Soldat sich in berechtigter Empörung an dem Unteroffizier vergiffen, so würde er nicht neun Tage, auch nicht neun Monate, sondern einige Jahre Gefängnis erhalten haben.

Klassenjustiz in der französischen Republik. Das Schwurgericht in Nantes fällt am Sonnabend in dem Prozeß der Delegierten des Arbeiterbundes Marcé und Votot, die der Aufreizung zum Diebstahl und zur Plünderung beschuldigt sind, das Urteil. Marcé wurde zu

einem Jahr Gefängnis und Votot zu vier Jahren Gefängnis und 100 Franks Geldbuße verurteilt. — Marcé und Votot hatten gelegentlich eines Streikens Neben gehalten, worin sie u. a. auch das Eingreifen des Militärs kritisierten, nachdem bei einem Zusammenstoß ein Streikender erschossen worden war. Aber der Staatsanwalt wußte sehr wohl, daß er mit diesen Neben nicht operieren dürfte, wenn er bei den Bourgeois-Beschworenen Erfolg erreichen wolle. Sein ausdrucksvollstes Argument war also: „Die Angeklagten wollen die Produktionsmittel sozialisieren und das Gesetz der Vertragsfreiheit, das so alt ist wie die Welt, zerstören!“ Solche Übeltäter mußten die Beschworenen natürlich schuldig sprechen und taten es auch, worauf das oben erwähnte barbarische Klassenurteil erfolgte.

§ 166.

Ich bin ein großes Rabenaaß,
Ein rechter Sünderknäuel...

Aus einem alten Kirchenliede.
Von orthodoxer Seite ist die Echtheit dieses Liedes bestritten worden. Wenn es auch bislang nicht gelungen ist, die Quelle wieder aufzufinden, so wird es doch bei manchem das Interesse an älteren Gebetbüchern geweckt und angeregt haben. In der Tat, ein solches Interesse verlohnt der Mühe. Die Unvereinbarkeit von Dogma und Wissenschaft läßt sich nicht handgreiflicher nachweisen, als durch jene urwüchsigeren und unverkündeten Formen des Glaubens, die die heutige Orthodoxie als Überglauben preisgibt, die sie als Inhalt der eigenen Glaubensvorstellungen entwirft von sich weist — und die doch den Rahmen bilden, in dem sie sich bewegen muß, wenn sie nicht allen Grund und Boden verlieren will. Man greift beim Durchblättern solcher älterer Erzeugnisse, weshalb allmählich die Orthodoxie selber beginnt, für die Abschaffung des verächtlichen § 166 einzutreten, der von der Gotteslästerung und der Verächtlichmachung kirchlicher Einrichtungen handelt. Das orthodox-religiöse Denken bewegt sich nicht nur in einem Weltanschauung, das mit der modernen Erkenntnis schlechterdings nicht in Einklang zu bringen ist: es stellt auch als seinen Kardinalpunkt den Sühnetod hin, den ein Gott für alle Sünden aller Menschen angebilligt erlitten hat. Was man, als geschichtliche Tatsache anspricht, muß sich irgendwie zur Vorstellung und Anschauung bringen lassen: und da die Sündhaftigkeit der Welt anerkanntermaßen zu keiner Zeit das geringste zu wünschen übrig ließ, so führt jene Auffassung konsequent zu einer vollständigen Ausmalung der blutigen Märtyrer, denen jener Gott unterworfen wurde.

Die ältere Theologie verstande denn auch auf dieses Kapitel die reichste Mühe. Es existiert eine umfangreiche Literatur, die lediglich sogenannte Offenbarungen über das „bittere Leiden und Sterben unseres Herrn Jesus Christus“ enthält. Das hierin produzierte Zeug ist freilich so toll und ausschweifend, daß man heute nicht mehr wagen würde, es Schulkindern als bare Münze vorzusetzen. Doch hindert das nicht, daß seine Urheber noch heute sich als Theologen, Lehrer und Heilige bei den Frommen eines sehr guten Rufes erfreuen.

Vor uns liegt ein Buch: „Dem verwundeten Heyl, verlassenen Trost, ohnmächtigen Liebhaber, und in Tod ringenden Leben, nemlich dem am Berg Oliveti um Verkostung des bittersten Kelchs seines bevorstehenden Leidens im blutigen Angst- und Todessehrein ohnmächtig zur Erde fallenden Jesu offerirt und dediziert.“ Es ist verfaßt von den „Frateres aus dem Gnadenhaus Grüttau.“ (Glag, Druck von Andreas Wegg 1682.) Besagte Frateres sind über alle, auch die intimsten Einzelheiten des Sühnetodes Christi aufs beste unterrichtet. Sie stützen sich außer auf die Evangelien vorzugsweise auf die hysterischen Halluzinationen eines St. Bonaventura, einer St. Brigitta, Theresia usw., und wo diese versagen, hilft die eigene Klosterphantasie nach. Sie wissen, daß „vom Nicht-Haus Pilati bis in den Palaß des Königs Herodias seynd 350 Schritt oder 437 Ellen.“ „Von Veronica bis zum Nicht-Tor, wo der liebe Herr zum viertenmal unter dem Kreuz gefallen seyn 336 und ein halber Schritt oder 436 Ellen.“ „Als die Häcker im Garten von Gethsemane näher herzukamen, ging ihnen Christus von dem Ort, wo es Blut geschwigt, in die 40 Schritt, das ist 50 Böhmische Ellen lang, entgegen.“ Doch das sind nebenfällige historio-graphische Einzelheiten; greifen wir aus der „grausamen“ Historie selber wahllos ein paar Stücke heraus:

„Die Lieb vertrieb die Furcht vom Herzen, mit solcher Gewalt, in die euseite Glieder, daß das Blut zu allen Schweißbüchern überflüssig herausfloß, und dem betrübten Jesu über sein Angesicht, Brust, Rücken, Armen und Hände, herabflosse und die Erde unter ihm besenckete, von welchem S. Lucas schreibt: Nach vielen Verpottungen und großen Schlägen kamen sie durch das Tal Josaphat, in welchem wir werden alle einmal vor Gericht erscheinen, zum Bach Cedron, welcher damals, weil es noch zu Anfang des Frühlings war, mit Wasser sehr angefüllt war, und da der gütige Herr über die Brücken gehen wollte, stießen sie ihn hinunter, iprechend, du verfluchter Hund, bist des Steiges nicht würdig, stoß den Hund die Brücke hinunter. War also der gütigste Seligmacher über das Brücklein hinabgestoßen und gar sehr auff den Stein-Felsen geworfen (über welchen der Bach fließet) daß man bis auf den heutigen Tag die Zeichen sehn kann... auf der euseiten Breiten des Felsen, in welchem die Fußtapfen, die Hände und beyde Knieen wie auch die Ende der Finger, an den Füßen, unsers Seligmachers eingedruckt, als Er von Juden über das Brücklein gestoßen, und allda gefallen!“ „Etliche zogen ihn so stark mit den Haaren, daß sie ihm bisweilen eine ganze Hand voll Haare auff einmal ausreißten, dahers dann gekommen ist, daß (wie die Mutter Gottes St. Brigitten offenbart hat) der arme Jesus an manchen Orth des Haubts ganz kaal gewesen ist. Etliche stachen ihn mit Nadeln in seinen h. Rücken, daß der gütigste Jesus für Schmerzen darüber zuckte, etliche rissen ihm die Haare aus seinem Barth, und anstat der Haare steckten sie ihm Nadeln in sein Kinn; vielmahl hebten sie ihm einen Fuß auff, daß der gütige Herr über den Stuhl abfiel, und sagten dann mit großem Gespötte, sehet der Böfewicht ist truncken, er kann nicht sitzen... es ist auch wohl zu glauben, sie werden ihm glühende Kohlen zwischen seine Zähnen gelegt haben, welche dem gütigen Herrn Blattern und Lucher in die Fuß gebrannt haben. Sie nahmen auch einen nassen Lumpen, mit einem Geschir voll stinckend und kottigem Wassers und schlugen ihm den Lumpen vielmahl in sein h. Angesicht. Und endlich schütteten sie ihm das Wasser über den Kopff. Sie binden ihm auch ein Seil umb den Hals, doch also, daß er nicht kont erwürgen, und schleiffen ihn damit auff und ab; und etliche schlugen auff ihn, als wollten sie ihn fort treiben. So lesen wir auch in den alten Betrachtungen, daß ein Christum in die Länge neben das Feuer gelegt, und etliche auff ihn sich gesetzt haben, anstat ihres Stuels, und damit sie ihn recht martern möchten, so haben sie ihm an dem Feuer seine heilige Bein und Hände so lang lassen bratten, bis daß große Blattern darin seynd aufgelauffen.“

Nun aber sagt S. Matthäus da spielen sie in sein Angesicht; und S. Marcus da gingen sie zusammen an ihm zu verspotten. Da bedenk, wie das deinem lieben Jesu so seynd muß gedau haben, als die abscheuliche Juden ihren ständern

den Roth aus dem innersten Magen herausgezogen und gar schwarze, gelbe und grobe Duzen ihm in sein heiligstes Angesicht, auf die Stirn, in die Haar, auf die Kleider, ja gar in seinen heiligen Mund und Hals gepiepen haben. Dann wie man in den alten Betrachtungen liest, so haben sie den göttlichen Herren ein Höflein aufrecht in seinen Mund gestellt und ihm damit seinen heiligen Mund soweit als sie konnten aufgesperrt, damit sie ihm besser in den Hals spielen konnten. Und wann ihnen ihr stinkender Magen, von wegen dem vielen Knoblauchs so sie fraßen, aufstehe, so reichten sie Christus diesen abscheulichen Gestank in seinen heiligen Mund hinein; darff nicht sagen, was für andern abscheulichen Gestank sie ihm für die Nase machten. Worüber ja sein blöder Magen sich ganz umbekümmert, und alles, was er in sich hatte, hätte mögen auswerfen.

Von besonderem Interesse für unsere Fraters sind „die heiligen Stiegen“; sie „sey zu Jerusalem in dem Vorhaus Pilati abgebrochen, über das Meer nach Rom geführt und neben andern heil. Reliquien von der heil. Kaiserin Helena dem Kaiser Constantino ihrem Sohn anno 328 gebracht, so in der Kirchen zu Laterano genannt, verehrt worden. . . .“ Diese Stiege hat 28 Stäffeln, und „welche fromme Christen diese heilige Stiege bestiegen und mit gebogenen Knien steigen, verdienen auf einer jedweden Staffel drey Jahre, und so viel Quadratenen Ablass, darzu hat Papst Leo noch 6 Jahre gelehrt wie auch des dritten Theils Nachlassung ihrer Sünden neben unserer vollen Indulgenzien.“

Für jede Stiege sehen unsere Patres eine heilige Betrachtung vor. Betrachte wie der mildeste Jesu mit seinen heiligen Haaren 23 mahl von der Erden aufgezo gen worden, betrachte wie der sanftmüthigste Christus mit seiner heiligen Nase 20 und mit dem heiligen Barth 78 mahl hin und her gezogen worden, betrachte, wie man den schmerzhaftesten Jesum 30 mahl bei den heiligen Ohren hin und her gezipfet, darzu noch 120 Backenstreich gegeben habe“ usw. usw. Im Fortgang erfahren wir, daß Christus zuletzt so zugerichtet war, „als wenn er nie kein Jüngewild gehabt hätte, denn sein Bauch hing ihm an dem Rücken, wie die Mutter Gottes mit kläglichen Worten der heiligen Brigitta offenbaret hat.“

Auf diese Weise wird das christliche Gemüt präpariert. Auch die Poese wird zur Präparation benugt. Hier einige Proben:

Könnt ich dich nur erretten
Von so viel Strick und Ketten,
O Allerliebster mein!
Wollt ich dich vor den Schergen
In meinem Herz verbergen
Mein Schoß dir räumen ein.
Aber ebendrumb ich weine,
Ich ängste mich und weyne,
Daß ich ach dich nicht kan ach!
Reißen aus ihrem Rach ach!

Oder:

Meinen liebsten Mann ich müsse
Ein so fast geraume Zeit,
Und daher härtes biße
Mein gemehrtes Herzeleid.
Ach das Joseph sollte leben
Wird er manchen Trost mir geben,
Aber eben er ist hin,
Weil ich etne Wittib bin.

Das Dogma vom Abendmahl und vom Sühnetod Christi wird noch heute von allen gut christgläubigen Seelen anerkannt. Die Heiligen, Reliquien- und Kreuzwegverehrung, der Ablasskram stehen noch heute im Schwange. Man wird zugeben, daß eine billige Satire auf alle diese Dinge, als ihn die frommen Väter von Grütau im Jahre des Heils 1682 geliefert haben, nicht möglich ist. Unterfinge sich ein neuzeitlicher Voltaire einer ähnlichen Pessiflage, so nähme ihn der Staatsanwalt wegen Gotteslästerung und Verächtlichmachung kirchlicher Einrichtungen beim Kragen. An dieser Klippe schiffen die Mönche von Grütau mit ihrer unerfälschten Glaubensnauität vorbei! Aber man sollte nicht weiter mit Strafgelosen schüzen wollen, was in der plastischen Darstellung unruhigen Glaubens den modernen Menschen nur noch als Parlekinade anmutet.

Aus Nah und Fern.

Mordanschlag. Auf den Bergrat Fiebig wurde, wie aus J a b r z e telegraphiert wird, auf der Königin Luise-Grube ein Mordanschlag verübt. Der frühere Obersteiger Philipp, Herausgeber der Broschüre „Der oberösterreichische Jola“, feuerte zwei Revolvergeschosse auf den Bergrat ab und verletzte ihn an Oberarm und Schulter. Es handelt sich anscheinend um die Tat eines Irrsinnigen. Der Täter wurde verhaftet.

Dynamit-Explosion. Nach einer Meldung des „Daily Express“ wurde durch eine Dynamit-Explosion ein großer Teil der portugiesischen Stadt Covilha zerstört. 30 Menschen kamen ums Leben; eine große Anzahl wurde schwer verletzt. 16 Gebäude wurden vernichtet.

Wieder Giner. Wie ein Telegramm aus Greiz meldet, wurde im benachbarten Dorfe Boehl der Buchhalter Pfeiffer, der nach Unterzählung von 6000 Mark flüchtig geworden war, verhaftet. Von der veruntreuten Summe wurde nichts mehr bei ihm vorgefunden.

Schiffunglück. Ein Segelboot mit einer Gesellschaft von sechs Personen an Bord kenterte, wie aus Glasgow telegraphiert wird, auf der Höhe von Brumbrae. Alle Personen sind ertrunken.

Volkschullehrer als Schöffen und Geschworene. Nach § 34 des Gerichtsverfassungsgesetzes sind die Volkschullehrer von dem Ehrenamte eines Schöffen und Geschworenen ausgeschlossen. Kürzlich hat der Vorstand des über 110000 Mitglieder zählenden Deutschen Lehrervereins einstimmig beschlossen, bei der Reichsbehörde um Aufhebung des bisherigen Ausnahmezustandes vorstellig zu werden. — Ein Wandel im Sinne der Petition ist durchaus berechtigt. Die Ausschließung des Volkschullehrers vom Laienrichteramte ist keineswegs etwa dadurch gerechtfertigt, daß dem Lehrer die erforderlichen Fähigkeiten zum Richter abgingen. Er hat sie in weit höherem Maße als recht viele andere Berufs-klassen. Allein das Schulerend, die Lehrernot hat die sachlich unberechtigte Ausschließung des Lehrers von dem Amte eines Laienrichters herbeigeführt. Die Reichsgesetzgebung darf auf die durch die reaktionären Gehebe und Handhabung derselben herbeigeführte Lehrernot nicht Rücksicht nehmen. Es wäre erforderlich, daß sie den jämmerlichen Befolgungsverhältnissen in den Einzelstaaten entgegentritt.

Ein frommer Buchdrucker wird gesucht. Ein recht einladendes Stellungsangebot verbande dieser Tage die hauptsächlich mit der Herstellung von christlichen Werken und Zeitschriften, darunter auch der „Reichsgottesarbeiter“, beschäftigte Firma Jhoss u. Ko. in Neumünster. Das Schreiben lautete:

„Es ist uns daran gelegen, für den offenen Posten eines tüchtigen, vor allen Dingen aber wirklich gläubigen Gehilfen zu bekommen. Es geht aus Ihrer Offerte nicht klar hervor, ob diese Voraussetzung bei Ihnen

zutritt. Falls Sie auf die Stelle reflektieren, wollen Sie uns bitte ganz offen mitteilen, ob Sie vor Gott bezeugen können, daß Sie ein Eigentum des Herrn Jesu sind, d. h. ob Sie wissen, daß Ihnen Ihre Sünden vergeben sind, und ob es Ihnen nun ein Anliegen ist, nun von ganzem Herzen dem Herrn nachzufolgen. Wenn Sie dies vor Gott bezeugen können, wären wir nicht abgeneigt, Ihrem Angebote näherzutreten. Die Stellung ist angenehm und dauernd und wird nach dem Tarife bezahlt. Auf etwas müssen wir Sie noch aufmerksam machen. Wir gehören nicht der Tarifgemeinschaft an, sondern sind aus Gewissensgründen des Organisationsvertrages wegen aus derselben ausgetreten. Wir halten jedoch die tariflichen Bestimmungen in bezug auf Entlohnung und Arbeitszeit vollständig aufrecht und bieten unserem Personal außerdem noch verschiedene Vergünstigungen. Falls Sie sich mit diesem Punkte abfinden können, und unsere obigen Fragen vor Gott mit einem „Ja“ beantworten können, sind uns Ihre weiteren Nachrichten unter Befügung Ihrer Zeugnis-Abschriften sehr angenehm.“

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ hofft, daß jeder Buchdruckergehilfe auf derart verschrobene Zumutungen die richtige Antwort zur Stelle haben wird. Abzugs hat die fromme Firma kürzlich sämtliche Verbandsmitglieder entlassen. Wer weiß, ob sie das vor ihrem Gott wird verantworten können.

Standesamtliche Nachrichten

vom 9. bis 15. Juni 1907.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

3. Juni. Kutscher W. F. H. Lorenz. 4. Arbeiter W. F. G. Ch. Kempe. 5. Arbeiter J. F. W. D. G. Schröder. Arbeiter J. H. F. Schwarz. 6. Arbeiter L. F. C. Timm. 7. Kutscher H. F. H. Ditscher. Bierfuhrmann J. F. R. W. Rogin. 8. Arbeiter C. F. W. Poive. Straßenreintiger W. J. Ch. Binnenberg. 9. Schiffszimmermann C. F. Ch. Westphal. 10. Arbeiter L. W. Th. Karberg. Eisenbahnbremser F. J. G. W. Richard. Arbeiter H. R. N. Neveermann. 11. Goldschmied J. H. L. F. Tolgreve. Zigarrenmacher W. C. A. Ströde. 12. Geschäftsführer M. Hofmann. 13. Tapezier und Dekorateur W. C. L. Sülberg. Maler P. F. P. J. Paumann. Geschäftsführer F. N. A. F. Mundt. Seemaschinist F. W. Rehn. 14. Kaufmann J. C. A. Seute. Architekt A. H. C. Redelstorff.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

1. Juni. Arbeiter F. C. Berkig. 3. Bäcker B. C. A. L. Stoll. 4. Arbeiter C. J. H. Hebeberg. 5. Vorarbeiter J. H. Kurwig. 6. Matrose A. H. Hallten. Lackierer A. Ch. Kruse. 7. Kutscher W. F. C. H. Schmiedemann. Arbeiter J. Meier. 8. Arbeiter W. H. Ch. Zimmer. 9. Kaufmann H. F. A. Wümming. Arbeiter J. H. L. Gründert. Matrose H. L. W. C. Saritdt. Leberhändler C. F. J. Wemuth. 10. Former H. F. J. Reinde. Arbeiter W. J. F. B. Liss. Arbeiter G. H. A. Klavier. Arbeiter C. M. Ch. Kleinfeld. 11. Arbeiter B. R. H. Katte. Maurer H. R. W. Siekmann. Wertmeister K. H. L. Hammer. 12. Böttcher C. H. S. Thies. Maurer G. J. F. R. Manjom.

Ungeordnete Aufgebote.

10. Juni. Arbeiter F. Grabbert und C. M. E. Möller in Urecht. Arbeiter C. F. W. Rienschhöft und A. C. Kock in Grevesmühlen. Lagermeister G. L. C. H. F. Schröder und F. R. Meyer. Tischlergeselle Chr. W. Köller und M. A. F. Dettmann in Rakeburg. Tischler H. L. E. Ehler in Hamburg und C. M. S. Barten. Werkzeugschmied R. H. F. Jachow und C. Chr. M. Rauch in Steinhorst. 11. Geschäftsführer C. H. Windeler und F. D. Feidler in München. Arbeiter C. W. H. Böbs und A. M. C. Lange in Wesloe. Bürgerschullehrer C. F. M. Schüge in Jittau und H. C. N. Hoch. Tischler A. F. W. Potenberg und C. E. L. Schulz. Handlungsgehilfe F. J. A. Rath und B. D. C. Müller. Kanzlist bei der Oberkassenbehörde Th. F. J. Sadre und C. S. J. Brockmann. Versicherungsbeamter P. A. F. Naaf und H. Chr. D. W. Ruhlmann in Schwerin. Bautechniker J. H. Stender und M. C. D. Frauer, beide in Kiel. 12. Staatsbahnpraktikant G. C. Stuary in Königsberg i. Pr. und S. D. C. Baetau. Profurist A. G. Rubcke in Riga und C. J. C. Nachtwey. Heizer L. W. C. Wähler und C. C. E. Koop. Arzt Dr. med. H. L. H. C. Rakeburg in Wismar und M. D. C. Dienhuisen in Schwerin. Telegraphenarbeiter J. F. H. Schulz u. D. M. M. Bockelberg in Tesperhude. 13. Arbeiter Johannes Friedrich Boller und Frida Maria Dorothea Ködter. Geschäftsreisender Johann Heinrich August Ebel und Frida Sophie Hermenda Johanna Wilhelmine Rebin. Arbeiter Martin Carl Friedrich Sternberg und Witwe Anna Caroline Catharina Bothstede geb. Schmidt. Maschinenschlosser Hermann Carl Heinrich Dietz und Ida Johanna Bertha Hagen in Jarmstorf. Hausdiener Wilhelm Ludwig Karl August Butt und Minna Elisabeth Henriette Husfeldt in Marienfelde. 14. Bisefelbmebel Albert Johann Hinrich Koss in Rendsburg und Helene Marie Hansine Thafien. Oberkellner Bernhard Julius Otto Kirstein und Johanna Sembriß in Allenburg. 15. Wagenschieber Johann Heinrich Gustav Neß und Emma Dorothea Christine Egentheuer in Süsel. Schlachter Adolf Heinrich Gustav Trost in Dobertan und Sophie Johanna Wilhelmine Ohlmann. Arbeiter Johannes Heinrich Rudolph Martens und Anna Maria Elisabeth Jürg. Arbeiter Wilhelm Heinrich Johann Damm und Emma Anna Wilhelmine Schacht. Reisender Camillus Renatus Wiedrich in Billwärder a. d. Bille und Anna Jacobsohn.

Eheschließungen.

11. Juni. Drogist Adolf Gustav Friedrich Harms und Witwe Dorothea Catharina Martha Woche geb. Osbahr. Bäckergehilfe Johann Heinrich Friedrich Wittenburg und Maria Wilhelmine Elisabeth Veper. Domänenpächter Johannes Friedrich Hoppe in Dallienborn und Elly Marie Sophie Amalie Christine Dahl. 12. Kaufmann Hermann Walbemar Birhaus in Hamburg und Charlotte Auguste Lina Thiel. 14. Ingenieur Emil Otto Gurth von Postzimmern in Hamburg und Emma Marie Walte. Kaufmann Gesehil Brenzlau in Brandfort in Südafrika und Adele Sußmann. 15. Schmied Anton Christian Heinrich Jürgens und Minna Marie Johanna Hartmann. Arbeiter Hermann Heinrich Ernst Reinhold Reich und Caroline Wilhelmine Emilie Pogrese. Berufsführer Wilhelm Hinrich Reimer und Magdalena Elisabeth Bertha Dorothea Amanda Reuter. Bezirksfeldmebel Ernst Heinrich Bernhard Bollow in Wandsbet und Erna Karoline Auguste Pöge.

Sterbefälle.

9. Juni. C. H. M. geb. Reimers Witwe des Bäckers G. Siman, vorher verm. Mloog (oder Mlog) 70 J. C. M. Bohnsack, 2 M. 26 J. C. L. A. Keger, 25 J. C. Chr. M. geb. Oldenburg, Witwe des Kaufmannes W. H. F. Müller, 73 J. Arbeiter J. C. H. J. Vening, 57 J. Arbeiter J. H. F. Hoyer, 28 J. 10. Maurergehilfe G. A. Steder, 58 J. H. H. F. Heuser, 10. M. F. W. Görs, 3 M. F. C. H. Müller, 2 M. C. M. Suhr, 13 J. (Selmsdorf). Ein totes Mädchen, B.: Arbeiter C. F. F. Westphal. Ein Knabe,

12 Stunden, B.: Eisenbahnbremser F. J. C. W. B. Richard. C. F. J. Lagemann, 5 1/2 M. 11. C. H. E. geb. Graue, Ehefrau des Arbeiters A. H. Wöttcher, 72 J. Arbeiter C. Chr. M. Schrader, 44 J. 12. Brotfuhrmann Aug. Wilh. Schwarzb, 46 J. H. O. Spehmann, 11 M. M. C. adoptierte Petersen, Witwe des Arbeiters F. C. W. F. H. Wienberg, 25 J. Ein totes Mädchen, B.: Arbeiter H. H. W. H. H. Jungmann G. M. Andersson, 18 J. 13. Hauptlehrer A. F. Koch, 58 J. 14. J. Ch. M. geb. Köhler, Witwe des Schneiders W. J. M. Hoesft, 71 J. Arbeiter J. J. Th. Bruse, 28 J. 16. Kaufmann M. C. F. Jürgens, 80 J. M. C. H. D. geb. Westphal, Witwe des Wirts H. P. H. Klobt, 73 J. Ch. L. H. geb. Däbel, Ehefrau des Arbeiters F. H. Klobt, 35 J.

Wilhelm-Theater.

Der Hüttenbesitzer, Schauspiel in 4 Akten von D h n e r. Herr Wahlberg setzte gestern abend sein Gastspiel als Philipp Derblay mit großem Erfolge fort. Er gab den stolzen Hüttenbesitzer, der in seiner Verliebtheit im ersten Akt allerdings eine etwas komische Figur macht, in vornehmer, fesselnder Weise, nur war er zu Anfang gar zu salbungsvoll. Ihm ebenbürtig war Fel. Hartmann als Claire. Herr Pfundt, der den Baron spielte, hält es jedenfalls für schön, allabendlich möglichst in der gleichen Wüste aufzutreten. Immer trägt er dasselbe Fragment von Schnurrbart, das ihn durchaus nicht kleidet, wenigstens nicht nach unserem Geschmack. Man hatte — trotz der Wüste — nicht den Eindruck, einen Gelehrten vor sich zu sehen. Sympathisch gab Frau Klinder die Mutter Claires, recht nett Fel. Campmann die Baronin. Fel. Klinder als Suzanne, Herr Norden als Moulins, Fel. Pehold als Ahenais und besonders Herr Falck als Herzog verdienen für ihre Leistungen Anerkennung. Der Beifall war nach jedem Akt sehr stark. P. L.

Humoristisches.

Aus einer amerikanischen Zeitung. Unser Blatt war das einzige am Plage, das bereits vergangene Woche die Mitteilung bringen konnte, daß Herr Dr. Brown die Scheidungsklage gegen seine Gattin eingeleitet hat. Vorzüglich unterrichtete, wie wir stets sind, können wir heute wiederum feststellen, daß diese Nachricht völlig aus der Luft gegriffen ist.

Die Sonne als Erzieher. Herr Schmugler (in den Anblick der untergehenden Sonne vertieft): „Welch herrliches Bild, wie die Sonne in das Meer versinkt — tiefer — immer tiefer — ja, ich muß auch mal wieder baden!“

Auch ein Grund. Richter (zum Gauner): „Warum arbeiten Sie nicht?“ — Gauner: „Ich war vor achtzehn Jahren bei einem Doktor, der hatte mir das Arbeiten untersagt!“ — Richter: „... Und da sollen Sie heute noch nicht arbeiten?“ — Gauner: „Ja... Seit damals bin ich nicht wieder bei dem Doktor gewesen!“

Aus der Jugend. Das gräfliche Wappen. Als Leutnant Graf A. während des Mittagstalles seine Stute streichelte, hat er das Unglück, seinen Siegelring zu verlieren. Der Stand und die Krippe des Pferdes werden sorgfältig abgesehen. — umsonst! Es bleibt nur die Mutmahnung, daß die Stute, die eine vorläufige Fresserin ist, den Ring verschluckt hat. Dementsprechend wird der Bürsche instruiert, ja recht sorgsam die Verdauung des Tieres zu beobachten. Am nächsten Morgen kommt denn der Bürsche auch freudestrahlend mit der Meldung: „Herr Graf, er kommt gleich!“ — „Wieso denn?“ — „Die — die Appel haben alle schon's Wappen vom Herrn Grafen!“

Literarisches.

„Von der neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 36. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Reeder und Seelente. Von Emil Fischer (Hamburg). — Eine deutsche Biographie Robert Owens. Von Henriette Roland-Holst. — Der neue Mittelstand. Von Paul Lange (Hamburg). (Schluß). — Der Mißbrauch der Untersuchungshaft. Von Dr. Siegfried. — Literarische Rundschau: Edward Bernstein, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Von A. Bebel. Deutscher Völker. Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie. Von W. Mittelke. Skizzen zur Alkoholfrage. Von M. H. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Südekum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Wie deutsche Stadtverwaltungen sich immer wieder bemühen, die minderbemittelten Einwohner der Städte rechtlos zu machen, das lehrt der Leitartikel in der soeben ausgegebenen Nummer 24 der „Kommunalen Praxis“. Nach § 44 g der sächsischen Städteordnung sind solche Bürger bei den Stadtverordnetenwahlen nicht stimmberechtigt, die mit der Entrichtung von Staats- oder Gemeindeabgaben länger als zwei Jahre in Rückstande sind. Der Stadtrat zu Dresden, eine Korporation, die auf sozialem Gebiete un-gemein rückständig ist, legte nun seit Jahren diese Bestimmung so aus, daß Bürger nicht wählen durften, die vor länger als zwei Jahren Steuern schuldig geblieben waren. Auf diese Weise bühnten Bürger ihr Stimmrecht ein, die vielleicht vor 15 Jahren einmal 2 Mark Steuern nicht bezahlten. Um diese Fälle herauszufinden, wurden extra Beamte gestellt; das Ziel wurde freilich auch erreicht: bei den Stadtverordnetenwahlen der letzten Jahre durften hunderte von Bürgern nicht mitwählen. Natürlich meistens Arbeiterbürger! Diesem Treiben des Dresdner Rates ist jetzt auf eine Klage des sozialdemokratischen Bürgerkomitees durch das Oberverwaltungsgericht ein Ende bereitet worden. Es dürfte allgemein interessanter, diesen Vorgang an der Hand des Prozeßmaterials zu studieren; für alle Gemeindepolitiker ist er wirklich lehrreich. Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich nur 2.50 Mk. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.